

Protokoll

der öffentlichen Sitzung
des Innenausschusses

Sitzungsdatum: 07. Januar 2015
Sitzungsort: Hamburg, im Rathaus, Kaisersaal
Sitzungsdauer: 17:02 Uhr bis 20:40 Uhr
Vorsitz: Abg. Ekkehard Wysocki (SPD)
Schriftführung: Abg. Antje Möller (GRÜNE)
Sachbearbeitung: Martina Haßler

Tagesordnung:

1. Drs. 20/13109 Keine Abschiebung in Ebola-Gebiete
(Antrag der Fraktion DIE LINKE)
2. Drs. 20/13535 Medizinische Eingangsuntersuchung von Flüchtlingen in der
Zentralen Erstaufnahme
(FDP-Antrag)
3. Selbstbefassungsangelegenheit auf Antrag der GRÜNEN-Fraktion
zum Thema „Einsatz einer verdeckten Ermittlerin, Deckname Iris
Schneider, in den Jahren 2000 bis 2006 in Hamburg“
Zur Beratung eingeladen ist der Hamburgische Beauftragte für
Datenschutz und Informationsfreiheit, Herr Prof. Dr. Johannes Caspar

4. Drs.
20/12189

mit

Drs.
20/12307
CSD 2014 - Hamburgs Polizei zeigt Flagge
(Antrag der GRÜNEN)

Erfassung von Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung in der
polizeilichen Kriminalstatistik
(FDP-Antrag)
5. Drs.
20/12585
Fahre nie schneller, als dein Schutzengel fliegen kann
(CDU-Antrag)
6. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Ulrike Hanneken-Deckert (SPD)
Abg. Carl-Edgar Jarchow (FDP)
Abg. Uwe Koßel (SPD)
Abg. Antje Möller (GRÜNE)
Abg. Arno Münster (SPD)
Abg. Dr. Martin Schäfer (SPD)
Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Sören Schumacher (SPD)
Abg. Juliane Timmermann (SPD)
Abg. Kai Voet van Vormizee (CDU)
Abg. Karl-Heinz Warnholz (CDU)
Abg. Ekkehard Wysocki (SPD)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Farid Müller (GRÜNE)
Abg. Ralf Niedmers (CDU)
Abg. Barbara Nitruch (SPD)

III. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

| | | |
|------|-----------|-----------------------|
| Herr | Sen | Michael Neumann |
| Herr | StR | Volker Schiek |
| Herr | RD | Jörg Klußmann |
| Frau | ARin | Claudia Anders |
| Frau | RDin | Kerstin Scherwath |
| Herr | PolPräs | Ralf Martin Meyer |
| Herr | LKD | Bernd Schulz-Eckhardt |
| Herr | PD | Bernd Krösner |
| Frau | Wiss.Ang. | Anja Domres |
| Frau | Wiss.Ang. | Susanne Fischer |
| Herr | EHK | Hendrik Holland |

IV. Vertreter der Dienststelle des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

Herr Prof. Dr. Johannes Caspar
Frau Oksan Karakuş

V. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Martina Haßler

VI. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

40 Personen

Zu TOP 1

Keine Niederschrift; siehe Bericht an die Bürgerschaft.

Zu TOP 2

Keine Niederschrift; siehe Bericht an die Bürgerschaft.

Zu TOP 3

Vorsitzender: Dann kämen wir zum Tagesordnungspunkt 3. Das ist die Wiederaufnahme der Selbstbefassungsangelegenheit auf Antrag der GRÜNEN-Fraktion zum Thema „Einsatz einer verdeckten Ermittlerin“. Hier würde ich vorschlagen, ein Wortprotokoll zu führen. Das, glaube ich, trifft auf allgemeine Zustimmung. Und ich begrüße zu diesem Tagesordnungspunkt auch den Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Herrn Professor Dr. Caspar und Frau Karakus.

Ja, dann war die Bitte vom letzten Mal, weil, das war ja der Kenntnisstand zu dem Sitzungstag um 12 Uhr, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, dass uns hier seitens des Senates jetzt vorgetragen wird, was die weitere Recherche dort ergeben hat, weil damals ja ausdrücklich erklärt worden ist, dass das ein Zwischenstand ist und dass natürlich versucht werden wird, bis heute weitere Informationen zu diesem Tagesordnungspunkt zu beschaffen.

Frau Möller vorher bitte.

Abg. Antje Möller: Ja, ich hätte einfach noch die Bitte, dass wir neben dem sozusagen aktuellen Bericht des Senates einerseits auch noch auf die offenen Punkte, die sich aus den möglicherweise Erkenntnissen, die das Landesamt für Verfassungsschutz hat, eingehen. Das habe ich schon gesehen, dass Frau Domres da ist. Das wird möglich sein.

Ich würde gerne auch mithilfe des Wortprotokolls vom letzten Mal die Möglichkeit haben, bestimmte Dinge nachzufragen, die wir ja beim letzten Mal einfach zur Kenntnis genommen haben. Also sozusagen aus dem, was damals berichtet wurde, ergeben sich einfach auch ein paar Nachfragen und neue Fragen, sodass wir das heute auch mit abarbeiten könnten.

Vorsitzender: Da sehe ich jetzt allgemeines Kopfnicken, dass wir genauso verfahren. Ich denke, die anderen Fraktionen haben auch ein Interesse, genauso zu verfahren. Sonst würde ich den Senat bitten, uns das Neueste vorzutragen. Herr Senator Neumann bitte.

Senator Neumann: Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr Damen, meine Herren Abgeordneten. Wir haben ja, wie von Ihnen schon angesprochen, in der letzten Sitzung dieses Ausschusses am 9. Dezember des letzten Jahres den bis zu diesem Zeitpunkt erarbeiteten Sachstand zum verdeckten Einsatz einer Polizeibeamtin dargestellt. Und wir hatten Ihnen ja dabei zugesagt, die Ergebnisse einer weiteren Klärung des Sachverhaltes den Mitgliedern des Innenausschusses und der Öffentlichkeit selbstverständlich auch in einer folgenden Sitzung heute zur Verfügung zu stellen.

Seit der letzten Sitzung vom 9. Dezember 2014 ist da ja weiter an einer Klärung des Sachverhaltes gearbeitet worden in der Zusammensetzung, über die wir beim letzten Mal auch schon berichtet haben. Und bevor Ihnen die Ergebnisse aus dieser weitergehenden

Klärung dargestellt werden, möchte ich die eine oder andere Vorbemerkung noch einmal machen.

Die Behörde für Inneres und Sport klärt bei dem in Rede stehenden Sachverhalt auf. Und sie klärt einen Sachverhalt auf, der nicht aktuell ist, sondern dessen Anfang über 13 Jahre zurückliegt und dessen Ende fast neun Jahre zurückliegt. Es geht hier damit nicht um eine aktuelle polizeiliche Maßnahme und ich hatte ja bereits in der letzten Sitzung darauf hingewiesen, dass dieser Einsatz unter einem anderen Senat, unter anderen Senaten, im Plural, unter anderen Führungsverhältnissen und auch anderen Umständen erfolgte.

Die Darstellungen zu diesem Sachverhalt haben daher nicht das Ziel, hier Verantwortlichkeiten zu- oder wegzuweisen. Da könnte sich die Behörde für Inneres und Sport, auch ich persönlich recht einfach machen. Wir klären das nicht allein, weil wir durch Sie aufgefordert worden sind, weil uns Medien oder bestimmte Interessenvertreterinnen und -vertreter dazu auffordern, wir klären das, weil wir selbst eine Klärung für wichtig und unabdingbar halten. Uns geht es dabei auch nicht um Vergangenheitsbewältigung, uns geht es darum, zu erkennen, ob und was wir aus diesem Sachverhalt lernen können. Es geht deshalb in der Darstellung auch zunächst einmal nicht darum, die Maßnahme an sich zu bewerten, weder positiv noch negativ, Verantwortlichkeit einer einzelnen Person zuzuweisen oder wegzuweisen oder rechtliche Positionen für diesen Einsatz verbindlich zu benennen. Wir stellen ganz nüchtern dar, wie der Einsatz abgelaufen ist, soweit das heute noch erklär- und klärbar ist, wie er rechtlich begründet wird oder wurde und wer dabei mitgewirkt hat. Ob das alles in der Gesamtschau dann in Ordnung war und ob wir alles, was tatsächlich oder rechtlich geht, auch künftig machen, ist dann eine zweite, später zu klärende Frage.

Wichtig sind mir in diesem Zusammenhang noch zwei weitere Hinweise. Für mich ist bedeutsam, dass die eingesetzte Kollegin, die Beamtin, hier nur der zwangsläufige Ausgangspunkt der Betrachtung sein kann, aber keinesfalls Verantwortliche für diesen Einsatz. Sie hat hier eine Aufgabe wahrgenommen, für die sie die Polizei eingesetzt hat. Selbst wenn es dabei zu Fehlern gekommen ist, geht es nicht darum, diese Verantwortung der Kollegin, der Beamtin zuzuordnen und es dabei bewenden zu lassen. Natürlich bleibt die Verantwortung für diese Aufgabe immer auch bei der Dienststelle.

Und ich möchte auch an ein gemeinsames Grundverständnis appellieren, wenn es um das Handeln der Hamburger Verwaltung geht. Es ist im jetzt vorliegenden Fall sicherlich misslich, vielleicht sogar ärgerlich, dass nur noch sehr wenige schriftliche Unterlagen zu dem Sachverhalt vorliegen. Ich gehe aber davon aus, dass Einigkeit darin besteht, dass es keine Kritik und auch kein Ausdruck von Misstrauen rechtfertigt, wenn die Verwaltung sich an Regeln zum Datenschutz hält und Unterlagen konsequent löscht, weil die Aufbewahrungsfristen zeitlich beendet sind oder eben keine Erforderlichkeit zur Aufbewahrung mehr besteht. Wenn wir hier andere Regelungen wollen, dann müssen wir das über den Einzelfall hinaus grundsätzlich anders regeln. Das ist sicherlich möglich. Wir müssen dann aber auch die damit verbundenen Wirkungen auf den Umgang mit Daten, auch auf personenbezogene Daten, akzeptieren. Hier sind wir den Menschen der Verwaltung, nicht nur in der Polizei, auch Fairness und Verlässlichkeit schuldig. Der Gesetzgeber kann nicht Löschfristen vorschreiben und dann denjenigen, die sich an diese Löschfristen halten, wiederum vorwerfen, dass sie sich daran gehalten haben.

Wir werden im Abschluss dieses Sachverhalts am Ende sicher auch noch die Frage der Lehren aus diesem Sachverhalt stellen und auch vor allen Dingen seitens des Senates beantworten müssen. Im Weiteren würde ich Ihnen aber jetzt zunächst einmal die Ergebnisse der weiteren Sachverhaltsaufklärung darstellen wollen, soweit sie jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt vorliegen.

In geübter Praxis möchte ich dazu Herrn Krösner das Wort geben, der uns ja bereits in der letzten Sitzung durch dieses Verfahren geleitet hat, und ihm die Möglichkeit geben, den

Sachverhalt wie er sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufsattelnd auf die Erkenntnisse, die wir beim letzten Mal berichtet haben, darstellen. Herr Krösser, Sie haben das Wort.

Herr Krösser: Ja, ich würde dann, wie schon gesagt, gerne anschließen an die letzte Sitzung des Innenausschusses ...

(Abg. Christiane Schneider: Darf ich Sie bitten, etwas lauter zu sprechen)

Ich würde gerne anschließen an die letzte Sitzung des Innenausschusses. Nach Durchsicht auch des Wortprotokolls, meine ich, dass aus der letzten Sitzung des Innenausschusses in Hinsicht auf die Sachverhaltsklärung insbesondere, Einzelfragen mögen sich dann noch Weitere ergeben, aber insbesondere folgende Themen offengeblieben sind. Und zwar einmal das Thema: Hat es jetzt weitere Auskünfte zum Thema Strafverfahren gegeben? Hat es ein Ergebnis der Anfrage an Herrn Senator a. D. Schill gegeben? Wie stellt sich der Sachverhalt rund um das Freie Sender Kombinat dar? Wie stellt sich der Sachverhalt dar zu Darstellungen, die Beamtin sei in dem Beobachtungsbereich Liebesbeziehungen eingegangen? Und zuletzt noch: Wie ist es mit dem Thema Informationen zum Betreten von Wohnungen gewesen? Das sind aus meiner Auswertung des Wortprotokolls die wesentlichen offenen Punkte. Ich sage nicht, dass es alle sind, aber es sind die wesentlichen Punkte. Und zu diesen Punkten würde ich jetzt vielleicht noch einmal etwas sagen und noch einmal kurz einsteigen auch in den Erarbeitungsprozess.

Wir haben hier, wie auch schon angekündigt, noch einmal aufgegriffen das Thema Auskunftersuchen an andere Behörden. Wir hatten ja bereits in den Antworten zu den Schriftlichen Kleinen Anfragen ...

Vorsitzender: Entschuldigen Sie, Herr Krösser. Also, ich habe von mehreren Seiten das Signal bekommen, dass das doch sehr leise ist.

Herr Krösser: Immer noch?

Vorsitzender: Wenn Sie etwas dichter ...

Herr Krösser: Dann ziehe ich einmal das Mikrofon heran.

Vorsitzender: Ist auch der schlechten Akustik dieses Raumes geschuldet.

Herr Krösser: Okay, dann liegt es zumindest nicht nur an mir. So. Jetzt besser?

(Zwischenrufe: Ja!)

Jetzt? So besser?

(Senator Neumann: Es ist doch schön, dass es bei der Polizei keinen Kommandoton mehr gibt, Frau Schneider!)

(Christiane Schneider: Super!)

(Senator Neumann: Das passiert mir bei Ihnen nicht!)

(Christiane Schneider: Was? Wir haben hier nicht so einen Kommandoton!)

(Senator Neumann: Dass ich Sie nicht verstehe!)

(Christiane Schneider: Ach so.)

Wie bereits in den Antworten zu den schriftlichen Kleinen Anfragen mit den Drucksachen Nummern 20/13573, 20/13707, 20/14007 und 20/14039 berichtet, wurden die Strafverfahren, die für den Einsatz der Beamtin als Verdeckte Ermittlerin die Grundlage bildeten, vom Generalbundesanwalt geführt. Eines dieser Verfahren, haben wir festgestellt, wurde durch den Generalbundesanwalt an die Staatsanwaltschaft Flensburg abgegeben und dort dann weitergeführt. Ermittelnde Dienststellen waren dabei zum einen das Bundeskriminalamt und zum anderen das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein.

Es bleibt dabei, dass zu diesem Verfahren über das hinaus, was wir letztes Mal schon gesagt haben, bei der Polizei Hamburg keine eigenen Unterlagen mehr vorliegen und insofern auch eine umfassende Beantwortung der Schriftlichen Kleinen Anfragen uns nicht möglich war. Deshalb wurden von den oben genannten Behörden auch noch einmal entsprechende Auskünfte erbeten, die aber weiterhin vom Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, der Generalbundesanwaltschaft und der Staatsanwaltschaft Flensburg mit dem Hinweis, dass sie eben nicht der parlamentarischen Kontrolle der Hamburger Bürgerschaft unterliegen, nicht erteilt wurden. Das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein in Kiel teilte dazu ergänzend mit, dass dort aufgrund der Aufbewahrungsfristen auch keine Unterlagen zu dem fraglichen Verfahren mehr vorlägen. Das hatte ich letztes Mal schon ausgeführt, dabei ist es auch geblieben.

Wir haben jetzt ergänzend noch einmal die Staatsanwaltschaft Hamburg und die oben genannten auswärtigen Behörden angeschrieben und um Unterstützung bei der Sachverhaltsaufklärung gebeten. Die Antworten auf diese Schreiben stehen im Wesentlichen noch aus. Dazu haben wir noch keine Antworten, die wir hier zu Protokoll geben könnten. Da die Staatsanwaltschaft Hamburg in den entsprechenden Ermittlungsverfahren nicht verfahrensleitend war, um das noch einmal zu betonen, wird von unserer Seite zurzeit davon ausgegangen, dass dort auch keine Unterlagen vorhanden sind. Wir haben trotzdem die Staatsanwaltschaft Hamburg angefragt, um auch hier sicherzugehen, dass die Annahme auch tatsächlich zutreffend ist. So manche Katastrophe beginnt ja mit der Vermutung.

Wir haben dann noch einmal entsprechend der Anregung, die ja insbesondere Herr Warnholz bei der letzten Sitzung noch einmal gegeben hat, uns um die Erlangung einer Kontaktadresse zu Herrn Senator a. D. Schill bemüht. Als Kontaktadresse wurde eine Adresse in Brasilien, Rio de Janeiro, in einer dortigen Favela erlangt. Kontaktadressen in Deutschland oder Europa sind nicht bekannt. Also eine Erreichbarkeit hier in Deutschland oder Europa liegt uns nicht vor, liegt auch so nicht vor. Uns wurde jedoch auch in diesem Zusammenhang eine E-Mail-Adresse bekannt gemacht, unter der Herr Senator a. D. Schill erreichbar sein soll. Und da wir dann noch einmal reingeguckt haben, wie es mit der postalischen Zustellung in Brasilien aussieht, haben wir uns dann entschlossen, Herrn Schill eine E-Mail zu senden, da nach Ansagen der Deutschen Post also die Postwege nach Brasilien doch etwas länger dauern und wir eigentlich ja das Bestreben hatten, vielleicht dem Innenausschuss heute schon zu sagen, ob es eine Antwort dazu gibt oder nicht. Herr Schill hat auf diese E-Mail dann auch tatsächlich geantwortet und die Antwort will ich Ihnen nicht vorenthalten:

„Sehr geehrte Damen und Herren,“

jetzt Zitat, „die verdeckte Ermittlerin hat bei der Ausleuchtung der terroristischen Aktivitäten der linken Szene unter vollem Körpereinsatz und Lebensgefahr wertvolle Dienste geleistet. Umso mehr erfüllt es mein Herz mit tiefer Trauer, dass ihre Arbeit und ihr tatkräftiger Einsatz für die Innere Sicherheit nun herabgewürdigt werden. Ein Staat, der sich wehrlos macht, verliert erst die Achtung seiner Bürger und dann sich selbst.

Mit freundlichem Gruß

Ronald Barnabas Schill“

Dazu den Hinweis, dass den letzten Satz Herr Schill unter Berufung auf den griechischen Gelehrten Plutarch auch in seiner Amtszeit schon verwendet hat. Zu der Frage, ob er nun Kenntnis von diesem Einsatz hatte oder nicht, sagt diese Antwort nichts aus, aber mehr kann ich Ihnen nicht anbieten.

(Zwischenrufe)

Wir haben dann des Weiteren, wie auch schon angekündigt, noch einmal die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befragen lassen.

Durch die eingesetzte Arbeitsgruppe wurden zunächst die Beamten befragt, die direkt an dem Einsatz der Beamtin beteiligt waren beziehungsweise Führungsverantwortung in der Abteilung trugen. Hierzu gehören die verdeckt eingesetzte Beamtin, ihre VE-Führer, der zuständige Dienststellenleiter, stellvertretende Abteilungsleiter sowie der Abteilungsleiter selbst. Hier wurden sowohl alle aktiven als auch im Ruhestand befindlichen Beamten befragt. Die nachfolgenden Darstellungen beruhen im Wesentlichen auf den Erinnerungen dieser Mitarbeiter. Wir hatten ja schon angekündigt, dass aufgrund der geringen Anzahl von Unterlagen, die noch bestehen, eben im Wesentlichen durch Befragungen weiter geklärt werden kann.

Im Weiteren erfolgte die Befragung von Beamten, die innerhalb der Abteilung im damaligen Zeitraum möglicherweise Arbeitskontakte zur operativen Dienststelle hatten. Hierbei handelt es sich um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dienststellen unter anderem für Lage, Auswertungen und Ermittlung der Abteilung Staatsschutz. Die namentliche Zusammenstellung erfolgte auf der Basis abteilungsinterner Informationen und hier wurden die erreichbaren aktiven Beamten befragt. Die Befragung dieser Mitarbeiter ergab, dass die Arbeitskontakte sich auf die Informationsverarbeitung beschränkten – also der Kollegen, die nur mittelbaren Kontakt zu diesem Bereich hatten – und keinen Einblick in den operativen Bereich mit sich brachten. Es ergaben sich keine sachdienlichen Hinweise. Auch in Hinsicht auf den Themenbereich FSK konnten diese Mitarbeiter keine Berichte erinnern, die sich inhaltlich mit dem Einsatz der Beamtin beim FSK auseinandersetzten.

Aufgrund dieses Umstandes wurde auf eine Befragung im Weihnachtsurlaub befindlicher, erkrankter oder bereits pensionierter Beamter dieses Personenkreises verzichtet. Die Befragung der anderen Kolleginnen und Kollegen der Polizei erfolgte mithilfe eines Fragenkataloges, der Fragen zu den Bereichen Allgemeines, also ein offener Themenkomplex, zum Themenbereich FSK, Betreten von Wohnungen, Informationsverarbeitung und Liebesbeziehungen enthielt.

Auf der Basis der so erlangten weiteren Informationen können die Darstellungen aus der Sitzung des Innenausschusses vom 9. Dezember 2014 wie folgt ergänzt werden:

Zur Thematik „Freies Senderkombinat“ (FSK)

Der genaue Zeitraum und Umfang der Tätigkeit der Beamtin im FSK lässt sich weder auf der Grundlage von Dokumenten noch durch Informationen aus der Mitarbeiterbefragung sicher rekonstruieren.

Es ist im Ergebnis der Mitarbeiterbefragung davon auszugehen, dass die Beamtin im Laufe des Jahres 2003 durch eine Bauwagenplatzbewohnerin angesprochen wurde und so zur Sendung „Female Machos“ des FSK kam.

Wie bereits in der Sitzung des Innenausschusses am 9. Dezember 2014 dargestellt, war die Beamtin in der Folge an zwei Sendereihen beteiligt. Dabei handelte es sich um die Monatssendung „Female Machos“, später „RehwolteRadio“, und um das

„Nachmittagsmagazin für subversive Unternehmungen“, das dreimal wöchentlich gesendet wurde.

Das sind alles immer die Angaben aus den mündlichen Darstellungen. Also, ich kann nicht sagen, ob es wirklich so war, wie mit dem dreimal wöchentlich, aber das ist das, was gesagt wurde.

Im Rahmen des „Nachmittagsmagazins für subversive Unternehmungen“ hat sie genau wie andere Mitglieder dieser Gruppe einige Male live von Demonstrationen als sogenannte Demoberichterstatteerin berichtet. Im Internet finden sich hier Hinweise zur Live-Berichterstattungen im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Einmal im Leben pünktlich sein“ im Jahr 2004 und der Räumung des Bauwagenplatzes „Wendebecken“ auch in 2004.

Die Beamtin selbst kann sich jetzt nicht genau erinnern, ob sie bei diesen Veranstaltungen Live-Berichterstattungen gemacht hat.

Die Beamtin hat nach eigenen Angaben zu diesen Sendungen eigene Beiträge, zum Beispiel Interviews, für die sie die Fragen selbst verfasste, oder auf Veranstaltungen aufgenommene Mitschnitte gefertigt und gesendet. Texte, die von anderen verfasst oder beigegeben wurden, hat sie über den Sender verlesen oder anmoderiert. Von ihr besuchte Sendevorbereitungstreffen zu den beiden oben genannten Sendungen fanden in den Räumen des FSK am Schulterblatt oder außerhalb des Senders, zum Beispiel in einem Café statt. Die Beamtin schildert die Treffen als von ihrer Erinnerung her sehr locker, gerade zur Sendung „Rehwohle“ auch teilweise in Abständen von zwei bis drei Monaten. Teilweise reichten wohl auch telefonische Absprachen, wie es bei der häufigen Nutzung fertiger, von anderen Teilnehmern produzierter Beiträge – sogenannter Konserven – der Fall gewesen sei. Bei Treffen zur Sendevorbereitung für das „Nachmittagsmagazin für subversive Unternehmungen“ hatte die Beamtin nach ihren Darstellungen nur einen begrenzten gestalterischen Einfluss, da es für diese Sendung einen Verantwortlichen gab, der die Beiträge im Wesentlichen gestaltete beziehungsweise auswählte und sie auch sendete. Die Beamtin wie die befragten Vorgesetzten haben erklärt, dass es jeweils auch keinerlei Vorgaben der Dienststelle gab, in irgendeiner Weise inhaltlich einzuwirken.

Die Beamtin hat mitgeteilt, sie habe versucht, möglichst wenig eigene inhaltliche Beiträge zu gestalten und an Vorabtreffen für Sendungen teilzunehmen. Die Beamtin hat erklärt, nach ihrer Erinnerung auch keine fremden Beiträge kommentiert oder auf andere Entscheidungen bewusst und gewollt Einfluss genommen zu haben. Dies sei nach ihrer Einschätzung nach dem Verständnis der linken Zusammenhänge auch absolut unüblich gewesen, insofern wäre ein solches Verhalten auch konfliktträchtig und damit wohl auch zu erinnern gewesen. Ausdrücklich hat die Beamtin betont, keinen Einfluss auf die Festlegung des Programms, die Vergabe von Sendezeit oder von Sendeplätzen genommen zu haben.

Die Beamtin ist, soweit sich dies heute noch aus den Erinnerungen der Beteiligten nachvollziehen lässt, über ein Mitleben, nenne ich es jetzt einmal, in der Szene, auch in feministischen/queeren Themen, zum FSK gekommen. Es hat nach den Einlassungen der Beamtin wie der Vorgesetzten keinen Auftrag gegeben, sich in den Bereich des FSK hineinzubegeben. Es hat aber auch, das ist mal ebenso festzustellen, auch eben keinen Auftrag gegeben, sich aus dem Bereich des FSK wieder zurückzuziehen. Die Dienststelle hat nach den heutigen Feststellungen die Fortsetzung des Mitwirkens im FSK unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung und Absicherung ihrer Legende als mit dem Auftrag als Beobachterin für Lageaufklärung vereinbar angesehen. Es gibt ausgehend von den Äußerungen der Beteiligten keine Hinweise darauf, dass der Sender selbst seine Mitwirkenden oder die Inhalte des Senders eigenständiges Zielobjekt eines Aufklärungsauftrages waren. Die Beamtin wie die Vorgesetzten haben dies im Rahmen der Befragungen ausdrücklich versichert.

Insofern wurde, soweit dies aus den geschilderten Erinnerungen nachvollziehbar ist, besonderer Wert darauf gelegt, dass der Grundsatz, keine personenbezogenen Informationen aus dieser Tätigkeit weiterzugeben, beachtet wurde. Es wurden auch beim LfV keine Berichte aufgefunden, die erkennen ließen, dass hier speziell Erkenntnisse aus der Mitwirkung bei FSK weitergegeben wurden. Auch wurde nach Erinnerung der Beamtin wie der Vorgesetzten Wert auf eine sehr zurückhaltende Mitwirkung gelegt.

Ein Bezug zu den in ihrer VE-Tätigkeit zugrunde liegenden Strafverfahren bestand nach den vorliegenden Erkenntnissen nicht. Auch die Bundesregierung hat ja in der Antwort auf die gestellten Fragen der Bundestagsabgeordneten deutlich gemacht, dass im Rahmen der Ermittlungsverfahren durch das BKA keine Aufträge zur Erkenntnisgewinnung im FSK ergangen sind und entsprechende Erkenntnisse auch dort nicht bekannt sind.

Nach den Darstellungen informierte die Beamtin ihre Vorgesetzten jeweils über den Verlauf ihrer Einsätze und in diesem Rahmen berichtete sie auch über ihre jeweilige Mitwirkung im FSK. Nach Informationen aus der Mitarbeiterbefragung waren die Aktivitäten der Beamtin immer eine Reaktion auf Anliegen gewesen, die das FSK an sie herangetragen hat. Ob diesen Anliegen entsprochen werden konnte, habe die Beamtin zuvor mit ihren VE-Führern erörtert. Für die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem FSK galt nach diesen Darstellungen der Grundsatz – ich habe das oben schon gesagt – der Zurückhaltung.

Es ist nach dem heutigen Stand davon auszugehen, dass die Beamtin Informationen aus der Mitwirkung beim FSK erlangt hat. Es ist ungeachtet der Frage von Berichten davon auszugehen, dass diese Informationen auch Eingang in die polizeiliche Lagebeurteilung bevorstehender Ereignisse gefunden haben. Hierbei soll es sich um Informationen ohne Personenbezug, wie zum Beispiel Informationen zu anstehenden Demonstrationen oder anderen Veranstaltungen, gehandelt haben. Zu den Radiobeiträgen aus Demonstrationen gab es nach den Befragungen im Vorwege keine einsatztaktischen Absprachen mit oder Anweisungen von ihren Vorgesetzten. So hatte diese Berichterstattung auch nicht den Zweck, polizeiliche Maßnahmen zu koordinieren. Welche Schlüsse die Polizei aus den erlangten Informationen zur Lagebeurteilung gezogen hat und wie sie mit diesen Hinweisen umgegangen ist, kann heute nicht mehr nachvollzogen werden.

Im Rahmen ihrer Tätigkeit hatte die Beamtin Kontakt zu anderen im Zusammenhang mit FSK-tätigen Personen und damit möglicherweise auch zu Berufsgeheimnisträgern im Sinne des Paragraphen 53 StPO. Auch diese waren aber zu keiner Zeit Ziel ihrer Informationsbeschaffung. Persönliche Kontakte zu anderen Sendern, Zeitungsredaktionen oder Ähnlichem bestanden nach den vorliegenden Informationen nicht.

Hinsichtlich des Strafverfahrens gegen den Rundfunksender FSK wegen der Aufzeichnung des nicht öffentlich gesprochenen Wortes zum Nachteil eines Polizeipressesprechers und der in diesem Zusammenhang durchgeführten Durchsuchung am 25. November 2003 ist zu konstatieren, dass eine irgendwie gestaltete Beteiligung der Beamtin nicht feststellbar ist. Weder die Sichtung der noch vorhandenen Beschwerdeakte noch die Mitarbeiterbefragung haben einen konkreten Hinweis auf eine solche Beteiligung ergeben. Die Beamtin selbst schließt ihre Beteiligung hieran sicher aus. Dennoch wurden zur abschließenden Klärung dieser Frage die Staatsanwaltschaft Hamburg und die in den damaligen Einsatz der Beamtin involvierten auswärtigen Behörden schriftlich um Auskunft gebeten, um auch zu klären, ob dort irgendwelche entgegenstehende Erkenntnisse vorliegen.

Nach heutigem Kenntnisstand lässt sich zusammenfassend sagen, dass das LKA die Beamtin in ihrer Eigenschaft als BfL auch im Bereich des FSK eingesetzt hat. Sie merken, dass sich das etwas unterscheidet von der letzten Aussage. Das FSK oder die in diesem Zusammenhang handelnden Personen waren hierbei allerdings nach den Auskünften der Beteiligten nicht das Ziel der polizeilichen Informationsbeschaffung. Die Aktivitäten der Beamtin im Zusammenhang mit dem FSK wurden scheinbar vorrangig als sinnvoll zur

Aufrechterhaltung und Absicherung ihrer Legende eingeordnet. Die in diesem Rahmen durch die Beamtin aber mit gewonnenen Informationen flossen gleichwohl wohl wenigstens indirekt mit in die polizeiliche Lagebeurteilung ein. In welcher Form, lässt sich heute nicht mehr klar sagen. Eine Verwendung personenbezogener Daten in Lage- oder sonstigen Berichten soll nicht erfolgt sein und wir haben auch keine entsprechenden Unterlagen dazu gefunden. Nach den Auskünften der Beteiligten wurde hierauf auch im Zusammenhang mit FSK strikt geachtet. Auch wurde hiernach besonderer Wert darauf gelegt, die Mitwirkung zurückhaltend zu gestalten. Inwieweit die Notwendigkeit einer besonderen Verhältnismäßigkeitsprüfung auch für den Fall, dass ein Radiosender zwar nicht Zielobjekt, aber eben betroffenes Objekt war, erkannt wurde, ist heute nicht mehr feststellbar. Ein Zusammenhang zwischen dem Einsatz der Beamtin und dem Strafverfahren gegen das FSK in 2003 ist gegenwärtig nicht zu erkennen.

Zu den Aktivitäten der Beamtin in Zusammenhang mit dem FSK wurde die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die in einem Schreiben mitteilte, dass ihr detaillierte Angaben zur Mitarbeit der Beamtin im FSK vorliegen, um entsprechende Auskunft gebeten. Die Antwort auf dieses Auskunftersuchen steht noch aus.

Ungeachtet solcher möglicherweise noch zu erhaltender Informationen ist schon heute festzustellen, dass insbesondere Themen des Quellenschutzes, des Schutzes des Redaktionsgeheimnisses oder auch Fragen der indirekten Wirkung einer Mitwirkung in der geschilderten Form bereits jetzt kritisch zu betrachten sind. Die bisher vorliegenden Informationen lassen nicht erkennen, dass sich die Beteiligten der Wirkung des Schutzbereiches der Rundfunkfreiheit damals hinreichend bewusst waren. Worauf das konkret zurückzuführen ist, wird heute wohl schwer aufklärbar sein. Die Einlassungen der Beteiligten lassen darauf schließen, dass man sich einerseits bewusst zu sein schien, dass FSK schon ein besonderer Bereich war, in dem man tätig war, andererseits aber wohl meinte, die Restriktionen aus einem solchen Bereich seien ausreichend beachtet, wenn man sich nicht zu offensiv einbringt und die Verwendung personenbezogener Daten vermeidet. Ob hier von außen kommende Erkenntnisse, also insbesondere aus dem Bereich ver.di, den Sachverhalt noch detaillierter klären können, wird abzuwarten sein. Aus der heutigen Sicht ist natürlich mindestens mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2010 zur Durchsuchung des FSK deutlich, dass die damalige Sicht dem Schutzbereich nicht gerecht werden kann.

Soweit zum derzeitigen Sachstand FSK. Ich würde dann noch einmal überleiten zu dem Thema Liebesbeziehungen, die nach den Darstellungen vorhanden gewesen sein sollen.

Durch Veröffentlichungen im Internet und den Printmedien wird behauptet, die Beamtin sei in ihrer verdeckten Tätigkeit Liebesbeziehungen in der Szene eingegangen. Diese Darstellungen wurden der Polizei, das habe ich auch in der letzten Sitzung schon gesagt, erst durch diese Veröffentlichung bekannt. Die VE-Führer der Beamtin sowie ihre weiteren Vorgesetzten haben bei ihren Befragungen angegeben, es habe während des Einsatzes keinerlei Hinweise auf eingegangene Liebesbeziehungen zu Angehörigen der einsatzrelevanten Szene gegeben.

Die Befragung weiterer Mitarbeiter der Abteilung ergaben ebenfalls keine sachdienlichen Informationen. Die Beamtin selbst nimmt zu diesem Aspekt gegenwärtig keine Stellung. Und trotz der Medienberichterstattung über den Sachverhalt und auch über die Innenausschusssitzung sind uns bisher keinerlei weitere Hinweise zu dieser Themenstellung zugegangen, mit denen wir hätten irgendwie weiterarbeiten können. Damit liegen der Dienststelle abgesehen von den medialen Veröffentlichungen, die Beamtin sei in der Einsatzzeit Liebesbeziehungen eingegangen, nach wie vor keine konkreten Hinweise oder Fakten vor, anhand derer die Substanz dieser Darstellung verifiziert werden könnte. Haben wir nach wie vor kein Bild.

Zum Betreten von Wohnungen und zu der Frage der Trennung der Eigenschaften Beamtin oder Beobachterin für Lagebeurteilung und Verdeckte Ermittlerin noch einige Ausführungen.

Wie bereits in der Sitzung am 9. Dezember 2014 vorgetragen, liegen zum Betreten von Wohnungen durch die Beamtin weiterhin keine Unterlagen vor. Die Überprüfung der wenigen im LKA noch vorhandenen Unterlagen und der LfV noch vorhandenen Lageberichte ergab in keinem Fall einen Hinweis darauf, dass die darin enthaltenen Informationen im Rahmen des Betretens von Wohnungen erlangt worden sind. Die Befragung der am Einsatz beteiligten Mitarbeiter ergab, dass die Beamtin in ihren Eigenschaften als BfL und VE aber Wohnungen betreten hat, auch solche, die eben nicht allgemein zugänglich waren. Muss man immer noch einmal extra sagen, weil das eine ganz spezielle Regelung ist.

Die Beamtin und ihre VE-Führer erinnern dabei keine Situationen, in denen eine Wohnung gleichzeitig in den Eigenschaften als BfL und VE betreten wurde. Vielmehr sei es so gewesen, dass im Rahmen der täglichen Auftragsplanung eine Vorklärung erfolgt sei, ob der Einsatz in der Eigenschaft als VE oder als BfL durchgeführt werden soll. Entsprechend dieser Festlegung war dann grundsätzlich auch das Betreten von Wohnungen zu beurteilen. Sofern sich im Einzelfall in der tatsächlichen Einsatzsituation Überschneidungen ergaben, wurde im Rahmen der Verwendung gewonnener Informationen durch die Beamtin und die VE-Führung darauf geachtet, dass sowohl die jeweiligen Berichtsinhalte als auch deren Adressaten dieser Einsatzeigenschaft, also BfL oder VE, entsprachen.

Ein Betreten von Wohnungen als BfL erfolgte danach ausschließlich zum Schutz und zur Aufrechterhaltung der Tarnung. Nach Erinnerung der Beamtin geschah es im Umfang sehr zurückhaltend. Das Betreten sei stets auf Einladung und nur in Anwesenheit von Berechtigten erfolgt.

Ein VE-Führer, oder einer der VE-Führer, schätzt die Frequenz aus seiner Erinnerung auf vielleicht einmal im Monat. Sofern die Erforderlichkeit eines Betretens von Wohnungen als BfL absehbar gewesen sei, sei dies zuvor mit der Dienststelle abgesprochen worden und nach Einschätzung der Beamtin habe es auch nur wenige spontane Situationen gegeben, in denen sie selbstständig entschieden habe. In diesen Fällen habe sie ihre VE-Führer aber nachträglich informiert. Das Betreten von Wohnungen sei regelmäßig in den von der Beamtin zu fertigenden Tagesberichten mit Angaben zum Einsatzzeitraum und zur Straße dokumentiert worden. Solche Berichte liegen aber nicht mehr vor.

Ich hatte letztes Mal schon darauf hingewiesen, dass eben keine Namen oder Ähnliches verwendet werden durften und insofern nur diese Daten erhoben worden sind.

Nach den Erinnerungen der Beamtin seien im Rahmen des Betretens von Wohnungen durch die Beamtin als BfL keine personenbezogenen Daten dokumentiert worden. Wenn in diesem Zusammenhang Informationen erhoben worden seien, dann nur solche, die der polizeilichen Lagebeurteilung dienten.

Auch in ihrer Eigenschaft als VE hat die Beamtin nicht allgemein zugängliche Wohnungen betreten. Dies sei nach Erinnerung der Beamtin aber seltener der Fall gewesen als als BfL. Konkret konnte sich die Beamtin an einen Fall erinnern.

Ein absehbares Betreten sei ebenfalls zuvor mit den VE-Führern abgesprochen worden, über notwendige spontane selbstständige Entscheidungen habe sie nachträglich informiert. Erlangte Erkenntnisse habe sie in einem Ermittlungsbericht festgehalten und diesen habe sie ihren VE-Führern übergeben, die ihn dann an die ermittlungsführende Dienststelle weitergeleitet hätten.

Für den VE-Einsatz im Zeitraum vom 7. Oktober 2002 bis zum 30. April 2004 wurde im Rahmen der Aktenprüfung ein entsprechender Beschluss des BGH zum Einsatz eines VE

vorgefunden, wie letztes Mal schon gesagt. Für den nachfolgenden VE-Einsatz ab dem 1. Mai 2004 lagen in Hamburg keine entsprechenden Unterlagen vor. Federführende Ermittlungsdienststelle war das LKA Schleswig-Holstein. Nach Erinnerung eines VE-Führers wurde ihm in diesem Verfahren im Rahmen einer Einsatzbesprechung von Beamten des LKA Schleswig-Holstein ein entsprechender richterlicher Beschluss zum Einsatz eines VE, der die Berechtigung zum Betreten von Wohnungen enthielt, vorgelegt. Er erinnert aber nicht, eine Kopie des Beschlusses erhalten zu haben. In den Unterlagen der Polizei war, wie schon dargestellt, nichts Entsprechendes aufzufinden.

Zur Klärung dieses Umstandes wurden die in den damaligen Einsatz der Beamtin involvierten auswärtigen Behörden schriftlich um Auskunft gebeten. Auch dazu stehen entsprechend die Antworten aus.

Zum Thema der Trennung der Eigenschaften Beamtin für, Beobachterin für Lagebeurteilungen und VEn hinsichtlich der Rechtsgebiete Gefahrenabwehr und Strafverfolgung hatten wir in der letzten Innenausschusssitzung schon einige Ausführungen gemacht. Dazu kann ich auch ergänzend nur noch anmerken, dass die weitergehende Befragung der Beamtin und der VE-Führer ergab, dass der Beamtin im Rahmen der täglichen Arbeitsplanung in jedem Fall im Vorwege klar gewesen sein soll, in welcher Eigenschaft sie am jeweiligen Tag eingesetzt gewesen sei. Sofern sich im Einzelfall in der täglichen Einsatzsituation Überschneidungen ergaben, wurde bei der Verwendung gewonnener Informationen durch die Beamtin und die VE-Führung darauf geachtet, dass die jeweiligen Berichtsinhalte der Einsatzeigenschaft entsprachen. Die Beamtin hat keine Erinnerungen daran, jemals einen Bericht in gleichzeitiger Eigenschaft als BfL und VE gefertigt zu haben. Vielmehr erinnert sie, dass die Berichte immer klar einer der beiden Eigenschaften zugeordnet werden konnten.

Die Weitergabe der Berichte erfolgte grundsätzlich an die VE-Führer, die sie an die jeweilige zuständige Dienststelle weiterleiteten.

Die bisherige Sachverhaltsklärung hat keine Hinweise erbracht, dass bei dem Einsatz gegen die Regelungen zur Verwendung von Daten in den verschiedenen Rechtsgebieten verstoßen wurde. Also wir haben zumindest jetzt keine echten personenbezogenen Daten im engeren Sinne gefunden.

Ich würde dann noch etwas sagen zum Thema Berufsgeheimnisträger, weil das auch eine Frage war.

Im Rahmen ihres Einsatzes hatte die Beamtin auch Kontakte zu Berufsgeheimnisträgern. Diese Kontakte entstanden nach Erinnerung der Beamtin aus alltäglichen Situationen heraus und wurden nach ihren Angaben in der Folge von ihr nicht weiter intensiviert. Die betroffenen Personen waren zu keinem Zeitpunkt Ziel der Informationserhebung.

Und zur Frage, ob durch die Beamtin – das war ja letztes Mal auch eine Frage – Strafverfahren initiiert worden sind:

Im Rahmen der Mitarbeiterbefragung konnte die Frage, ob aufgrund von Informationen, die die Beamtin im Rahmen ihres Einsatzes als Beobachterin für Lagebeurteilung beziehungsweise Verdeckte Ermittlerin erlangt hat, Strafanzeigen erstattet und Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden, nicht mit abschließender Sicherheit beantwortet werden. Die Beamtin gibt an, dass dieser Umstand ein außergewöhnlicher Vorgang gewesen wäre, sodass sie davon ausgehe, dass sie sich erinnern würde, wenn es so gewesen wäre, also wenn es entsprechende Initiierungen gegeben hätte. Sie habe aber keine entsprechende Erinnerung. Ob andere Dienststellen der Polizei auf ihrer Basis oder auf Basis ihrer Informationen Strafverfahren initiiert haben, erinnert sie nicht. Zur Klärung auch dieser Frage wurden die Staatsanwaltschaft Hamburg und die in den damaligen

Einsatz der Beamtin involvierten auswärtigen Behörden schriftlich um Auskunft gebeten. Die Antworten stehen noch aus.

Soweit die Klärungen erst einmal zum Bereich der weiteren Arbeit im Landeskriminalamt.

Senator Neumann: Ich schlage vor, dass dann Frau Domres noch einmal auf das eingeht, was Frau Möller angesprochen hatte, was die Zusammenarbeit beziehungsweise die Verfahrensweisen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz angeht. Frau Domres bitte.

Frau Domres: Ja, ich hoffe, ich bin verständlich. Ansonsten müssen Sie es sagen.

Im Landesamt für Verfassungsschutz wurden die Akten überprüft, in denen die jeweiligen Beobachtungsbereiche einen Einsatz einer verdeckt operierenden Polizeibeamtin im gegebenen Kontext möglich erscheinen ließen. Der Auswertungsbereich wurde damit bewusst sehr weit gewählt, um sicherzustellen, dass bei der systematischen Suche möglichst alle denkbaren Bereiche einbezogen wurden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben dabei viele tausend Seiten durchgesehen.

So viel vielleicht auch zum Sachstand der letzten Sitzung des Innenausschusses, war ja schon Teil des letzten Wortprotokolls.

Bei der Aktenrecherche wurden die Akten aus dem Einsatzzeitraum der betreffenden Beamten im Jahr 2000 bis April 2006 überprüft. Es wurden die aus dem fraglichen Zeitraum stammenden Berichte der betreffenden LKA-Dienststelle einbezogen, die dem Landesamt für Verfassungsschutz zu Themen aus dem hier bekannten Einsatzbereich der Beamtin vorlagen.

Bei der Auswahl der zu prüfenden Akten wurden Sachakten zu korrespondierenden und weiteren infrage kommenden Themen der linksextremistischen Szene, zum Beispiel Rote Flora oder Bauwagen, nach Erinnerung der damaligen Abschnittsleiter Linksextremismus und die Thematisierung der linksextremistischen Szene in den Medien von Gruppen und Aktivitäten, an denen sich die Beamtin beteiligt haben soll, weitmöglichst einbezogen.

(Abg. Christiane Schneider: Ich verstehe Sie schlecht!)

– Ja? Okay.

(Abg. Christiane Schneider: Ja.)

Dann versuche ich, es auch ein bisschen näher zu nehmen.

So, jetzt ist das besser, höre ich es selbst. Dann mache ich jetzt einmal weiter. Oder soll ich den letzten Absatz wiederholen?

(Zwischenrufe: Nein, nein.)

Okay.

Ob es sich um Berichte der betreffenden Beamtin handelte, war zunächst nicht feststellbar. Eine Zuordnung war zu diesem Zeitpunkt nicht möglich. Nach Erinnerung des LKA waren die Berichte bis zum Jahr 2005 allerdings mit einer Zahlen- oder Buchstabenkodierung versehen, die dem LKA eine Zuordnung zur verfassenden Beamtin ermöglichte. Die zweifelsfrei der Beamtin zuzuordnenden Berichte waren mit einer Zahlenkodierung versehen, weitere mit einer Buchstabenkennung oder -kodierung versehene Berichte können nicht mit Sicherheit, aber hoher Wahrscheinlichkeit der Beamtin zugeordnet werden.

Ab 2005 sind die Berichte grundsätzlich nicht mehr individuell gekennzeichnet, wobei dem Landesamt für Verfassungsschutz aber ein Bericht des LKA aus dem Jahre 2005 vorliegt, der über eine Buchstabenkennung verfügt. 60 Aktenstücke wurden nach der Sichtung durch das LKA der Beamtin des LKA zugeordnet.

Durch die begleitende Qualitätssicherung der Innenrevision wurden Akten zu einem weiteren Themenbereich, zu dem Themenbereich Wasserturm im Einsatzzeitraum, also die Akten beginnen 2004, nachträglich in die Suche einbezogen. Hierbei wurden keine Aktenstücke gefunden, die der Beamtin zuzurechnen sind.

Im Anschluss wurde das bisherige Rechercheergebnis vom LKA und vom Landesamt für Verfassungsschutz gemeinsam bewertet. Hierbei wurden nochmals weitere Themenbereiche erörtert, in denen nach Erinnerung der zum Erhebungszeitpunkt beteiligten Mitarbeiter vom LKA und Landesamt für Verfassungsschutz Informationen der Beamtin erhoben sein könnten. Auch diese Akten wurden durchgesehen. Danach wurden zehn weitere Aktenstücke der Beamtin zugeordnet.

Insgesamt konnten der Beamtin 70 Aktenstücke zugeordnet werden. Hiervon konnten 68 Aktenstücke der Beamtin nach Zahlen- oder Buchstabenkennungen zugeordnet werden. Zwei Aktenstücke ohne Kennung konnten der Beamtin zugeordnet werden, da es sich um Berichte des damaligen VE-Führers handelte.

Die gefundenen Dokumente weisen durchgängig Bezüge zu Beobachtungsobjekten des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg oder von ihnen beeinflusste Gruppen oder Kampagnen auf. Hinweise auf Treffen in Privatwohnungen gehen aus den durchgesehenen Dokumenten nicht hervor.

In zwei Fällen wurden zunächst personenbezogene Daten gefunden. Der erste Fall betrifft einen zu einer von der linksextremistischen Szene geplanten öffentlichen Versammlung eingeladenen Gast. Bei dem Aktenstück handelt es sich nicht um einen Bericht der Beamtin, sondern um ein Szenepapier mit unbekanntem Autor. Der zweite Fall betrifft eine als Anmelder für eine Versammlung angefragte Person. Bei der zweiten Durchsicht wurde festgestellt, dass der Name des Gastes im ersten Fall bei zwei verschiedenen Veranstaltungen genannt wird, wobei die zweite Nennung nur im Gesamtkontext identifizierbar ist, da der Vorname nur als abgekürzter Buchstabe erscheint.

Daneben wurden in den Berichten Namen von Verständnispersonen sowie aber auch von Personen des öffentlichen Lebens – beispielsweise genannt sei der Name Ole von Beust – gefunden. Die in dem vom LKA des LfV, also das Landesamt für Verfassungsschutz, übermittelten Berichte enthaltenen Informationen sind für uns oder für das Landesamt ein wichtiger Bestandteil, um ein Gesamtbild über Beobachtungsobjekte zu erlangen, um eventuell auch eine neue Bewertung vornehmen zu können, um Bestrebungen frühzeitig erkennen zu können und auch bewerten zu können. Diese Erkenntnisse sind ebenfalls in die damaligen Verfassungsschutzberichte eingeflossen.

Und vielleicht abschließend noch einmal der Hinweis, dass einer der Berichte, die das Landesamt für Verfassungsschutz vom LKA erhalten hat, auch von uns an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergeleitet wurde. So weit die Ausführungen.

Senator Neumann: Ja, vielen Dank, Frau Domres. Herr Meyer bitte.

Herr Meyer: Ja, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete. Wie Sie hören konnten, hat sich die von mir im Auftrag des Präses der Behörde für Inneres und Sport eingesetzte Arbeitsgruppe seit der letzten Innenausschusssitzung sehr um die weitere Klärung des Sachverhaltes bemüht. Wie man jetzt den heutigen Sachstand bewertet, ist sicherlich auch eine Frage der Perspektive und Betrachtung. Wichtig erscheint mir aber, dass diese

Ergebnisse im Wesentlichen entstanden aus intensiven Befragungen, und zwar der Personen, die damals mit diesem Aufgabenbereich verbunden waren.

Wir haben seit der letzten Innenausschusssitzung weiter umfangreich gearbeitet. Wichtig ist, dass diese Befragung und andere Recherchen von einem echten Bemühen um Klärung getragen waren und sein werden, aber trotz allen Bemühens stößt man nach einer so langen Zeit einfach auch an Grenzen, Grenzen des menschlichen Erinnerungsvermögens. Jeder von uns möge vielleicht auch einmal selbst daran denken oder versuchen, sich zu erinnern, mit welchen Themen er sich oder man sich vor etwa zehn Jahren beschäftigt hat. Nicht alle Themen ließen sich bis jetzt bis in die Tiefe aufarbeiten. Was wir sagen können, ist aber, dass die Tätigkeit im FSK weiter ging, als die ersten Informationen dies annehmen ließen. Und wir können sagen, dass diese Tätigkeit mit Wissen der Dienststelle erfolgt ist. Wir haben keinen detaillierten Einblick gewinnen können, aber wir haben zumindest eine ungefähre Vorstellung über dieses Feld.

Ich muss aber auch die Erklärung der Mitarbeiter zur Kenntnis nehmen, nach denen das FSK eben nicht das Ziel des Einsatzes war. Ich muss aber auch sagen, dass für mich manches an dieser Tätigkeit beim FSK nicht nachvollziehbar ist und dass dieses einer sehr kritischen Betrachtung bedarf. Im Hinblick auf die Darstellungen, die Beamtin sei in dem Beobachtungsfeld sogenannte Liebesbeziehungen eingegangen, sind wir nicht weitergekommen. Wir haben keine weiteren Hinweise bekommen, die hier uns hätten neue Ansätze bieten können. Die Beamtin äußert sich dazu nicht. Das kann man bedauern. Es steht ihr aber zu. Derzeit müssen wir diese Hinweise als unbelegt bewerten.

Im Hinblick auf die Informationen aus Strafverfahren haben wir mit unseren Anfragen an die beteiligten Stellen die Möglichkeiten genutzt, die wir haben. Ob sich hieraus neue Erkenntnisse ergeben werden, müssen wir abwarten. Die bisherigen Ergebnisse machen für mich aber deutlich, dass wir uns mit den Rahmenbedingungen solcher Einsätze im Interesse der Betroffenen – und hier meine ich sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die eingesetzten Beamtinnen und Beamten wie auch deren Vorgesetzte – noch einmal detailliert auseinandersetzen müssen. Das betrifft auch die Rechtsgrundlagen für solche Einsätze, insbesondere die parallele Heranziehung als Beobachter oder Beobachterin für Lagebeurteilung und die Verdeckte Ermittlung, den Einsatz in Bereichen mit besonderen Schutzrechten wie hier dem FSK, die Begleitung solcher Einsätze durch die VE-Führung wie eben auch die Frage der Dokumentation solcher Einsätze.

Uns liegen auch heute noch nicht alle mit den noch verfügbaren Quellen möglichen Erkenntnisse abschließend vor, sodass wir in der Lage wären, eine valide Bewertung aus diesen Quellen vorzunehmen. Wir können aber bereits heute sagen, dass wir die Dienstanweisung und die der Dienstanweisung zugrundeliegenden Rahmenbedingungen noch einmal eingehend betrachten und überarbeiten werden und, wie es Herr Senator Neumann in der letzten Sitzung des Ausschusses bereits gesagt hatte, hierbei auch anstreben, externen wissenschaftlichen Sachverstand mit einzubeziehen. Die Einbeziehung des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten ist – Herr Caspar, wir hatten es schon zuletzt angemerkt – dabei selbstverständlich.

Senator Neumann: Ja, vielleicht abschließend von meiner Seite noch der Hinweis, dass wir mit dem gegenwärtigen Zwischenbericht deutlich machen, dass wir weiterhin im Rahmen des tatsächlich Möglichen offen und transparent mit diesem Thema und dieser Fragestellung umgehen. Wir machen deutlich, haben auch, glaube ich, deutlich gemacht, dass wir offen sind für die Hinweise und Informationen Dritter, die uns bei der Sachverhaltsaufklärung unterstützen können. Ich will das verbinden mit der Bitte, mit der Aufforderung eben all derjenigen an all diejenigen, die eben über entsprechende Informationen verfügen. Die uns bekannt sind, haben wir angeschrieben. Auf die sind wir zugegangen, aber auch alle anderen sind weiterhin aufgefordert beizutragen. Sie können, glaube ich, auch erkennen, dass wir da, wo die Sachlage es bereits zulässt, auch durchaus kritisch mit den bisherigen

Ergebnissen umgehen und ungeachtet externer Bewertungen das Erfordernis sehen, die Regelungen für solche Einsätze zu überarbeiten. Auch das macht deutlich, dass wir mit dem Thema sehr offen und auch kritisch umgehen.

Besonderes Kopfzerbrechen bereitet derzeit sicherlich der Umstand, dass die Beamtin ganz offensichtlich beim FSK mitgewirkt hat. Auch wenn ich die Auskünfte der Beteiligten zur Kenntnis nehme und auch wenn ich das Vertrauen habe, dass auch diese Beteiligten die Notwendigkeit der Sachfallaufklärung erkennen und dies unterstützen, kann ich das Ganze derzeit so noch nicht nachvollziehen. Vielleicht bleibt das in einer rückschauenden und weit vom damaligen Geschehen abgesetzten Betrachtung auch weiterhin schwierig. Es ist aber festzustellen, dass die Darstellung der Beteiligten zwar den Ablauf der Tätigkeiten erkennbar machen, aber aus der heutigen Perspektive eben Unverständnis hinterlassen, warum in diesem Bereich so gearbeitet wurde. Wir hoffen, dass wir durch Antworten der angeschriebenen Stellen, gegebenenfalls auch durch die Hinweise Externer, die Sachverhaltsaufklärung demnächst so weit vorantreiben können, dass wir auch hier im Innenausschuss darüber berichten können, dass wir die konkrete Betrachtung, Veränderungsnotwendigkeiten dann im Anschluss auch angehen können. Dass wir sie angehen werden, hat Polizeipräsident Meyer, aber auch ich an dieser Stelle, aber auch an den Stellen vorher schon deutlich gesagt, und da sind Präsident Meyer und ich auch völlig einer Auffassung, dass das entsprechend auf den Prüfstand gehört, bereits auf der Grundlage der Erkenntnisse, die wir bis zum bisherigen Zeitpunkt feststellen mussten. Vielen Dank soweit erst einmal für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr van Vormizeele bitte.

Abg. Kai Voet van Vormizeele: Also, ich will jetzt hier sehr deutlich sagen, ich begrüße ausdrücklich erstens die Art und Weise, wie diese Informationen seitens des Senats, seitens der Polizei für den Ausschuss, für uns aufgearbeitet worden sind. Mein Eindruck ist wirklich, und ich habe ja verschiedene Arten der Sachverhaltserforschung im Laufe der Jahre hier erlebt, dass hier mit sehr viel Sachlichkeit herangegangen worden ist und das, was uns aufbereitet worden ist, dazu beiträgt, dass vorhandene, auch gegebenenfalls strukturelle Problemlagen erkennbar geworden sind. Ich fürchte einmal, auch bei den weiteren Aufklärungsbemühungen wird es nicht uns gelingen, in allen Bereichen Aufklärung zu leisten. Als Nebenbemerkung sei mir aber erlaubt, ich finde es schon faszinierend, dass bei allen Bemühungen zum Thema Datenschutz wir jetzt ein bisschen in eine Falle geraten, muss hier feststellen, dass unsere berechtigten Bemühungen um Datenschutz manch anderes Aufklärungsbemühen infrage stellen. Ob wir diesen Konflikt werden lösen können, weiß ich nicht, aber zumindest ist es eine interessante Feststellung.

Ich begrüße darüber hinaus ganz ausdrücklich, dass der Senat auch jetzt bereits anfängt, darüber nachzudenken, welche Konsequenzen aus diesen Vorgängen gezogen werden müssen. Ich glaube, dass es wahrscheinlich eine relativ große Einigkeit darüber gibt, dass das, was beim FSK passiert ist, in einer Art und Weise geschehen ist, wie wir heute in der Rückbetrachtung feststellen müssen, nicht in Ordnung gewesen ist. Das heißt, wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Klarheit der Anweisungen, der Dienstanweisungen und das Bewusstsein bei den handelnden Personen, sei es bei den VE-Führern als auch bei den eigentlichen Ermittlern oder Aufklärern, entsprechend vorhanden ist. Das heißt, wir müssen nicht nur die Dienstanweisungen als solches gegebenenfalls überarbeiten. Wir müssen auch daran arbeiten, dass die Ausbildung dieser dort tätigen Menschen entsprechend sozusagen gestaltet worden ist und gestaltet wird. Das finde ich auch darüber hinaus ausgesprochen richtig, dass wir dies bereits jetzt beginnen, der Senat damit beginnt und nicht erst abwartet, bis wir nun jedes Erkenntnisfitzelchen dort gesammelt haben. Mag sein, dass wir noch mehr bekommen, dann können wir gerne nacharbeiten. Das heißt also, was meine Fraktion angeht, haben Sie für diesen Weg die Rückendeckung. Und ich will auch sehr deutlich sagen, dass ich mit der Art und Weise der Aufklärung sehr zufrieden bin.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Frau Möller bitte.

Abg. Antje Möller: Ja, wo fängt man an? Ich will auch gerne deutlich sagen, dass ich mich freue, dass wir so sehr oder Sie vor allem ja erst einmal so sehr ins Detail noch einmal gegangen sind und es doch Ergänzungen gab, die das Bild insgesamt ein bisschen runder machen. Ich fange einmal, weil mir das gerade leichter erscheint, mit den aktuellen Konsequenzen an.

Herr Meyer hat eben darauf hingewiesen, dass die sozusagen interne Überarbeitung der Dienstanweisung und es wahrscheinlich ja auch noch andere Regelungen und Vorgaben geben wird, aber ganz konkret die Frage: Gibt es so etwas wie dienstrechtliche Ermittlungen, die Sie führen gegen einzelne Personen? Und gegen welche Personen ist das der Fall? Und gibt es auch sozusagen in der Zusammenarbeit mit der Justizbehörde möglicherweise noch weitere Überlegungen bezüglich der Erkenntnisse, die Sie jetzt zur, wie soll man sagen, Einbeziehung des FSK als Beobachtungsobjekt, in Anführungsstrichen, tatsächlich haben? Sie hatten mir in meiner kleinen Anfrage darauf geantwortet, dass Sie Kontakt aufgenommen haben mit der Justizbehörde bezüglich der Frage, ob es tatsächlich eine Verletzung der Rundfunkfreiheit gegeben hat. Also, Sie haben das bewertet. Das habe ich schon verstanden, aber wird das jetzt sozusagen zu einem offiziellen Statement oder zu einem offiziellen Verfahren an der Stelle noch einmal kommen, das ist eigentlich die Frage. Und so weit vielleicht erst einmal.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Neumann: Ja, wie weit die Staatsanwaltschaft aus ihrer Entscheidungskompetenz heraus dort tätig wird, können wir nicht sagen. Das ist in der Sphäre der Staatsanwaltschaft. Es gab früher den Begriff, den es ja heute nicht mehr gibt, der des disziplinarischen Vorermittlungsverfahrens. Den Begriff gibt es aber nicht.

(Abg. Christiane Schneider: Des was?)

Eines disziplinarischen Vorermittlungsverfahrens. Das ist auch ein typisch deutsches Wort. Und diesen Begriff gibt es aber nicht mehr. Und deswegen ist es so, dass es kein eingeleitetes Disziplinarverfahren gibt, aber man guckt sich das unter dem Gesichtspunkt an. Jetzt aber hier öffentlich zu machen, welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter davon betroffen wären, wenn es noch gar nicht dazu gekommen ist, wäre, glaube ich, auch nicht angemessen öffentlich.

(Antje Möller: Ich wollte auch keine Namen haben.)

Nein. Hinzu kommt auch, und das muss man dabei wissen, dass es ja um Sachverhalte und eventuelle Fehlverhalten, disziplinarisch, gehen könnte, die eben auch bis zu zehn Jahre zurückliegen. Und hier gibt es auch eine klare Verjährungsfrist. Das heißt, selbst wenn es dazu kommen sollte, dass man ein Ermittlungsverfahren einleiten würde und am Ende dieses Disziplinarverfahrens würde man vielleicht sogar zum Ergebnis kommen, es müsste eine disziplinarische Ahndung erfolgen, ist die Verjährung bereits in eigentlich allen in Rede stehenden denkbaren Fallkonstellationen schon lange eingetreten, sodass das eigentlich eine sicherlich rechtstheoretische Frage ist, aber faktisch eine Fragestellung ist, die sich vermutlich nicht stellen wird. Ich hoffe, das war jetzt abstrakt genug, aber auch gleichzeitig konkret genug im Versuch, Ihre Frage zu beantworten.

(Abg. Antje Möller: Jaja.)

Vorsitzender: Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ja, es gibt jetzt, glaube ich, tausend Fragen auch zum Sachverhalt noch einmal. Ich sehe auch, dass wir ein Stück weiter gekommen sind in der Aufklärung des Sachverhalts, aber *ein Stück* weiter gekommen, sag ich 'mal, aber das begrüße ich auf jeden Fall, dass dann ein Nachdenken in der Behörde ist über den Einsatz im FSK.

Ich habe erst einmal eine Frage zur Vergewisserung an die Vertreterin des Landesamts für Verfassungsschutz, und zwar hatten Sie von Einsatzbeginn 2000 gesprochen. Oder habe ich das missverstanden, weil, es war beim letzten Mal die Rede vom Einsatzbeginn 2001.

(Frau Domres: 2001 ist richtig.)

Das möchte ich noch einmal nachfragen. Und vielleicht können Sie auch seitens der Polizei etwas dazu sagen.

Ich würde aber gerne noch zwei weitere Sachen mehr zum Einsatzbeginn machen. Noch einmal zur Begründung auch des Einsatzes. Es hat ja auch eine Anfrage der Piraten im schleswig-holsteinischen Landtag gegeben und da ist davon die Rede, dass das Verfahren, das Ermittlungsverfahren gegen Autonome Zelle zum Gedenken an Ulrike Meinhof im Jahr 2000 eingeleitet worden und bis 2007 gegangen ist. Da frage ich natürlich erst einmal jetzt nach: Warum hat es da die Anfrage an die verdeckte Ermittlung gegeben oder was sind Ihre Kenntnisse davon zum Einsatz von 2004? Da hat ja die AZUM sich ausweislich von Berichten auf den Webseiten der Behörde, hatte die sich ja schon aufgelöst, aber erst 2004 kommt die konkrete Anfrage des LKA an die Hamburger Polizei, diese Verdeckte Ermittlerin zur Verfügung zu stellen. Da habe ich erst einmal überhaupt keine Erklärung für und warum das dann zwei Jahre ging. Wenn das Verfahren seit 2000 läuft, wundere ich mich, warum man 2004 in Hamburg nachfragt, wo die meisten Straftaten ja in Schleswig-Holstein passiert sind, die man der AZUM vorwirft, eine, zumindest eine aber auch in Hamburg.

Dann ist mir beim Lesen des Wortprotokolls aufgefallen, dass Sie ja den Einsatz der BfLin begründet haben mit der Zunahme von Gewalttaten. Und Sie haben das ja gesagt, da geht es darum, praktisch Informationen für die Lagebeurteilung der Polizei, und zwar im Hinblick auf Polizeieinsätze. Ich kann ja die genaue Formulierung suchen, aber so ungefähr war das ja. Was Sie aber zur Begründung anführen, sind ja gar nicht solche Ereignisse, die zum Einsatz von Polizei führen, also vor Ort, sondern sind ja praktisch fast durchweg Brandanschläge oder Sachbeschädigungen, und nicht etwa Demonstrationen. Also, Sie erwähnen genau zwei militante Demonstrationen, aber ansonsten erwähnen Sie ungefähr ein Dutzend Brandanschläge. Das erklärt für mich nicht den Einsatz einer BfLin, sondern würde für mich erklären den Einsatz einer verdeckten Ermittlerin. Es geht mir bei dieser Frage wirklich noch um die Rechtsgrundlage und was die Aufgabe, was die genaue Aufgabenstellung war, weil, Sie werden ja nicht davon ausgegangen sein, dass man auf dem Plenum von der Roten Flora erörtert hat, dass man jetzt einen Brandsatz irgendwo hinwirft. Also, das kann ja nicht Ihre Annahme gewesen sein. Gehe ich nicht von aus.

Dann – besonders problematisch für mich – sind immer noch die Rechtsgrundlage und der eigentliche Auftrag noch nicht geklärt. Und auch für sehr problematisch halte ich – das haben Sie auch angesprochen, Herr Meyer, dass Sie das auch noch einmal überprüfen – die Doppelfunktion der Beamtin. Wenn ich den Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 1998 richtig lese, war ja die Kritik an dem Einsatz von Stefan, bezog sich ja auf die Datenerhebung, nicht auf die Datenverarbeitung. Und deswegen frage ich natürlich, ob die Frau jetzt als BfLin eine Wohnung betritt oder ob sie als Verdeckte Ermittlerin eine Wohnung betritt, ist für die Datenerhebung völlig wurscht. Das ist ja eine Person. Sie sagen, die hat ja jedes Mal einen anderen Auftrag, aber trotzdem geht sie als eine Person da hin und da werden Daten erhoben. Und in Bezug auf die Rechtmäßigkeit dieser Datenerhebung, finde ich, stelle ich das sehr infrage, ob da die Rechtmäßigkeit in einer Doppelfunktion überhaupt zu sichern ist oder ob die nicht allein schon durch die Doppelfunktion sehr, sehr, sehr

problematisch ist. Mich würde deshalb interessieren, also, da hätte ich natürlich auch Ihre Antwort drauf, aber mich würde deshalb interessieren in Bezug worauf Sie jetzt die Frage – Sie hatten das angesprochen, Herr Meyer – der Doppelfunktion erörtern. Das wären jetzt meine ersten Fragen.

Vorsitzender: Herr Senator Neumann.

Senator Neumann: Ja, vielen Dank. Zum einen: Der Einsatzzeitraum, den wir im letzten Ausschuss berichtet haben, ist eben 2001 beginnend. Da wir aber bei der Aufklärung, bei dem Beginn der Aufklärung der Gesamtzusammenhänge ja nicht genau wussten, von welchem Eingangs- oder Operationsbeginn wir ausgehen mussten, wurde schlichtweg gesagt, wir nehmen auch schon das Jahr 2000 dazu. Das heißt, wir haben einfach nur gesagt, wir streuen ein bisschen breiter, nicht dass uns da etwas durch die Lappen geht. Im weiteren Verfahren haben wir dann realisiert den Einsatzbeginn, wie Herr Krösner ihn beim letzten Mal vorgestellt hat. Von daher haben wir uns so bis anderthalb Jahre zu viel Arbeit gemacht, aber das war uns lieber, als dass wir es zu eng fassen, da es am Anfang ja zu Beginn der Untersuchung nicht klar war.

Die Frage, weshalb Schleswig-Holstein 2004 dann auf uns kam, können wir versuchen, etwas dazu zu sagen. Man muss allerdings auch sagen, die Gründe und auch die Beschlusslagen eines Gerichts für Schleswig-Holstein ist uns nicht bekannt. Also, wenn die in Schleswig-Holstein auf so einen Gedanken kommen, dann ist das deren Entscheidungsvorgang, ist es deren Begründung und sie scheinen dann einen Richter gefunden zu haben, der ihnen gefolgt ist.

(Abg. Christiane Schneider: Vielleicht klappt es ja vorher schon.)

Ich will auch nur sagen, wir sind ja nicht diejenigen, die diese Entscheidung getroffen haben. Wenn ich damals schon hätte Senator sein dürfen, dann hätte ich vielleicht heute etwas anderes hier zu sagen, zu berichten. Wir können ja immer nur berichten, was wir festgestellt haben. Und deswegen ist die Frage, inwieweit das klug oder nicht klug gewesen ist, auch was diese Doppelfunktion anging, die Sie zuletzt angesprochen haben, eine, die ich heute klar beantworten kann, nämlich dass es nicht klug ist, aber unabhängig davon haben die rechtlichen Rahmenbedingungen es ermöglicht. Ich persönlich sage Ihnen aber auch, dass ich diesen Einsatz in der Form heute jedenfalls in meiner Verantwortung so nicht zulassen würde, wenn ich damit befasst bin, aber das ist etwas, was ich nur heute sagen kann. Warum die damaligen Entscheidungsträger sich so entschieden haben, wie sie sich entschieden haben, können wir nur beschreiben an den Ergebnissen. Die Motivforschung, da stoßen wir eben an massive Grenzen zumindest der Aufklärungsfähigkeit, die wir zumindest haben, aber vielleicht Herr Krösner zu den konkreteren Nachfragen, was die Abgeordnete Schneider angesprochen hatte. Bitte.

Herr Krösner: Ich versuche es einmal. Gegebenenfalls muss Herr Schulz-Eckhardt dann in den Einzelheiten noch einmal ergänzen.

Was das Thema, warum wird eine Verdeckte Ermittlerin zu einem bestimmten Zeitpunkt eingesetzt, obwohl man vielleicht von außen betrachtet sich fragt, war das Verfahren dann nicht eigentlich schon im Wesentlichen zu Ende, angeht, können wir in der Tat, wie Herr Neumann schon sagte, nur ganz eingeschränkt beurteilen. Es gibt zwei Faktoren, die man immer berücksichtigen muss. In der Regel ist es so, dass man erst einmal einen gewissen Anlauf braucht, bevor man sich überhaupt in die Entscheidung begibt, eine Verdeckte Ermittlerin überhaupt einzusetzen. Das heißt, man muss erst einmal so eine Informationssammlung am Anfang haben, die dazu führt, dass ein Richter zu der Überzeugung gelangen könnte, hier macht der Einsatz einer Verdeckten Ermittlerin überhaupt Sinn. Und wann man sie dann einsetzt, hängt dann eben auch vom Verfahrensstand ab. Und da uns Informationen darüber fehlen, aus welchen Gründen und in

welchem Verfahrensstand sich die jeweiligen Verfahren dann befanden, ob da aus Sicht der ermittelnden Dienststellen des Generalbundesanwaltes der Staatsanwaltschaft Flensburg und der entscheidenden Gerichte dann der Sinn eines VE-Einsatzes noch gegeben war, würde ich auch gerne wissen, kann ich Ihnen aber tatsächlich nicht beantworten im Moment. Also, auch wenn Sie jetzt so konkret fragen, warum wurde zu dem Zeitpunkt noch angesetzt, kann ich Ihnen nicht genau sagen, was war genau der Ermittlungsgegenstand eigentlich. Daran mangelt es mir im Moment schon. Dafür bräuchten wir eben die Auskünfte der damals ermittlungsführenden Staatsanwaltschaften.

Was die Darstellung der Sachverhalte anging, die Grundlage für den Einsatz der Beobachterin für Lageaufklärung waren, weisen Sie ja darauf hin, hatten ja damals die verschiedensten Anlässe dargestellt. Sie hatten ja damals schon die Frage gestellt, eine ganze Reihe von Anlässen lagen ja deutlich vor dem Einsatz der BfLin. Auch da ist es eben so, man muss ja auch erst einmal eine Entscheidung treffen, dass ein BfL-Einsatz sinnvoll erschien. Also, der ist nicht zu begründen, warum es so ist, sondern zu erklären, wie sich das heute darstellt. Und deswegen hat es eben dann auch einen entsprechenden Vorlauf gebraucht, bis man eine Beamtin so weit hatte, dass sie überhaupt in dem Bereich hätte eingesetzt werden können.

Wenn Sie sagen, Brandanschläge und Ähnliches rechtfertigen ja an sich eher den Einsatz einer VE, dann muss ich noch einmal sagen, von den Begründungen her, die man eben anführt für die Frage, setze ich einen BfLer ein oder einen VE, hängt es eben auch immer ganz stark von der Frage ab, welche Zielrichtung verfolge ich mit einem Einsatz. Man war damals offensichtlich der Auffassung, dass der Einsatz einer BfLin insgesamt geeignet erscheint, von verschiedensten Aktionen früher Kenntnis zu bekommen. Ob man jetzt auch die Brandanschläge explizit da gesehen hat, kann ich Ihnen heute nicht mehr beantworten, aber man war offensichtlich der Meinung, dass man mit dem Einsatz einer BfLin eher in der Lage ist, von verschiedensten Aktionen frühzeitig Kenntnis zu bekommen und darauf besser reagieren zu können. Und das bezog sich ausdrücklich eben nicht nur auf demonstrative Aktionen, sondern auch auf sonstige Aktionen aus dem Bereich der Szene. So kann ich es jetzt erst einmal nur erklären. Ich gucke einmal nach links, aber ich glaube, das ist es eigentlich auch.

Was Sie eben noch einmal ansprachen, das Thema Doppelfunktion, Herr Neumann sagte es eben schon, aus dem Statement von Herrn Senator Neumann wird, glaube ich, hinreichend deutlich, die Erklärung war so, dass die Beamtin beim Betreten der Wohnung gesagt hat, jetzt bin ich eine VEin. Dann darf ich auch personenbezogene Daten in dieser Wohnung erheben. Und beim nächsten Mal sagt sie, ich bin eine BfLin und als BfLin betrete ich die Wohnung nur zum Schutz meiner Legende. Das heißt, ich müsste sonst irgendwie irgendwelche fadenscheinigen Ausflüchte finden, warum ich nicht mit in die Wohnung gehen will, und um das zu vermeiden, gehe ich mit in die Wohnung. Und das bedeutet, ich darf in dieser Wohnung keinerlei personenbezogene Daten erheben. Im Ergebnis ist es natürlich so – das hatte ich versucht, letztes Mal auch schon deutlich zu machen –, das ist ja der gleiche Mensch mit den gleichen Augen, mit den gleichen Ohren und mit der gleichen Nase. Das heißt, der nimmt die gleichen Informationen auf, egal ob er VE ist oder BfL. Schlägt sich dann nur nieder, wenn er nachher dasteht und sagt, jetzt muss ich es verschriftlichen, dann darf alles das, was als BfL passiert ist, natürlich nie mit personenbezogenen Daten verbunden werden. Mehr kann ich aber dazu jetzt auch nicht sagen. Das ist die Erklärung nur, wie es damals offensichtlich behandelt worden ist, wie man es rein rechtlich vielleicht auch sehen kann. Nichtsdestotrotz bleibt es bei dem, was Herr Neumann eben sagte.

Vorsitzender: Dann Frau Schneider für eine Nachfrage, weil, wenn es jetzt wieder ein neuer Fragenkomplex ist, würde ich ...

(Abg. Christiane Schneider: ... Ja, dann melde ich mich neu.)

Dann Herr Münster.

Abg. Arno Münster: Ja, meine Fraktion schließt sich den Ausführungen von Herrn van Vormizeele an und betont ausdrücklich die Bemühung des jetzigen Senates, hier Klarheit in den Vorgang zu bringen, dass wir das schon so sehen. Was hier so ein bisschen auf Unverständnis stößt, sind natürlich die Aussagen des damaligen verantwortlichen Senators, also Herrn Schill. Also, was der in diesem E-Mail-Verkehr – ich habe das nun nicht vorliegen, kann es nicht mehr so nachlesen –, aber was ich nun daraus behalten habe, finde ich schon bemerkenswert. Und wenn man dann sozusagen Rückschlüsse daraus zieht aus seiner damaligen Amtszeit, kann man sich schon vorstellen, was da dementsprechend auch veranlasst worden ist, und ich finde so etwas so ein bisschen traurig.

Allerdings habe ich hier mir noch ein paar Notizen gemacht und auch Sie, Herr Neumann, hatten ja gesagt, dass Sie sozusagen an die Öffentlichkeit noch einmal appellieren, wenn es noch einmal Hinweise gibt, dass die dann auch dementsprechend zugänglich gemacht werden, also insbesondere zu der Liebesbeziehung. Ich frage mich, das Freie Sender Kombinat, also, wie man damit eigentlich umgehen sollte. Die haben wahrscheinlich auch jetzt Anmerkungen, weil die Ausführungen, die jetzt hier getan worden sind, dass man hier natürlich auch die vielleicht noch einmal befragen sollte beziehungsweise die Möglichkeit geben, dass sie auch sich dazu noch einmal äußern können. Also, für mich ist das heute hier also noch nicht zu Ende. Auch die Antworten der Staatsanwaltschaft würden mich schon interessieren, aber auch der Interessengemeinschaft ver.di. Die haben ja auch noch einen offenen Punkt, dass man da auch noch einmal nachhakt und vielleicht auch noch einmal bittet, dass sie die Fragen dann dementsprechend beantworten.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, Herr Münster. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Also, das mit der Interessengemeinschaft ver.di, das ist ja noch etwas sehr Spezielles.

(Zwischenrufe)

Und ich will das nicht so ganz unkommentiert im Raum stehen lassen, was eigentlich so eine Aufforderung an die Öffentlichkeit, doch der Polizei oder der Arbeitsgruppe, muss man ja sagen, die jetzt in diesen Fällen ermittelt oder nachforscht, ist ja gar nicht ein polizeiliches Ermitteln in dem Sinne, Informationen zu liefern. Das ist ja so eine Sache. Also man könnte auch andersherum sagen, zum Beispiel viele, die meisten Dinge, die FSK in den Jahren gesendet hat, veröffentlicht hat, die gibt es ja noch. Also, das kann man ja auch ein bisschen wieder umdrehen noch einmal, diese Bitte oder diese Aufforderung, und selber in die Recherche zu gehen, aber Sie sind ja schon sehr tief in die Recherche eingestiegen, deswegen will ich das schlicht einfach erst einmal so stehen lassen.

Ich möchte einmal noch auf das zurückkommen, was Frau Domres uns eben freundlicherweise vorgetragen hat, wenn ich es mir richtig notiert habe, dann gibt es 70 Aktenstücke, so haben Sie das benannt, die einen Bezug zu der verdeckten Arbeit der Beamtin hatten. Jetzt würde ich da an der Stelle gerne wissen, ist das sozusagen ein Bezug zu ihrer Arbeit als VE oder als BfL, kann man das trennen? Kann man das hier rausfinden? Haben Sie das herausgefunden? Und gibt es einen Zeitraum, den man dazu benennen kann? Also haben Sie auch Daten, die Sie uns noch einmal nennen können, wann hat es welche oder wann hat es überhaupt Informationen gegeben? Das ist die eine Frage.

Und die zweite Frage ist, Sie haben gesagt, von diesen 70 Akten oder Aktenstücken waren zwei Aktenstücke von dem VE-Führer selber erstellt oder geschrieben. Das würde ich gerne noch einmal genauer wissen, was das für Aktenstücke waren, denn wenn ich das richtig erinnere, hat Herr Krösser jetzt nicht in der Aufzählung der Aktenstücke, der Informationen, die Sie überhaupt noch gefunden haben, also schriftlich gefunden haben, bisher nicht

aufgelistet, dass es auch Vermerke des VE-Führers gab. Also was steht dort drin, was sind das für Aktenstücke?

Und der dritte Punkt in diesem Zusammenhang, Sie haben gesagt, Sie haben ein Aktenstück oder Informationen aus einem Aktenstück an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergegeben. Waren das jetzt allgemeine Lagebeschreibungen oder waren das personenbezogene Informationen, die Sie da hatten, und wenn ich jetzt sage, ja, und um was ging es genau, dann werden Sie mich an den PKA möglicherweise verweisen, aber erst einmal würde ich mich freuen, wenn Sie das, soweit es geht, hier erst einmal beantworten.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Neumann: Ja, vielen Dank. Frau Domres hatte ja vorgestellt 70 Aktenstücke. In zweien gab es personenbezogene Daten, nämlich den Veranstaltungshinweis, ich habe das einmal für mich umgesetzt, das war wahrscheinlich ein Flugblatt, wo draufstand, da und da findet das und das statt, und das, was das Landesamt erhält, ist eben ein Destillat aus dem, was vorgekommen ist. Das heißt, vom Grundsatz her enthalten die Datensätze keine personenbezogenen Daten. Und von daher ist auch nicht immer nachvollziehbar, ob dieses jetzt auf der Basis der Grundlage als BfL oder als VE gesagt worden ist, aber das kann Frau Domres noch einmal besser und deutlicher erklären. Frau Domres bitte.

Frau Domres: Ja, zunächst zu Ihrer Frage, ob man zurückführen kann, ob die Aktenstücke auf der Tätigkeit als VE oder BfL beruhen. Das, muss man sagen, genau kann man das an diesen Aktenstücken nicht erkennen. Was man sieht, ist tatsächlich, dass ja nur in zwei Fällen personenbezogene Daten vorliegen, das heißt, man kann davon eigentlich ausgehen, dass es dann eher Lageberichte sind, also von BfL-Tätigkeit gekennzeichnet. Das ist vielleicht zu dieser Frage, genauer kann man die Berichte jedoch von unserer Sicht nicht auseinanderhalten. Vielleicht noch einmal der Zeitraum, von dem wir diese Berichte haben, der geht bei uns von Oktober 2001 bis zum April 2005. Und die Berichte sind insofern – oft stellen sie Protokolle dar, die mitgeliefert werden – also gar nicht selbst geschrieben, sondern einfach angehängt sind. Oft sind es so Szeneunterlagen, ich sage einmal, Flugblätterähnliches, die dort angehängt werden, also Verschiedenes, deswegen auch Aktenstücke, weil die eben teilweise aus einzelnen Seiten, teilweise eben aber auch aus mehreren Seiten bestehen, aber immer als ein Aktenstück erfasst werden. Und es gibt diese zwei Berichte des VE-Führers, das sind aber auch nur Aufschriften von bestimmten Aktivitäten, die erwähnt werden. Das sind also diese beiden Berichte des VE-Führers. Das heißt, die sind keine Berichte, die er selbst geschrieben hat, sondern werden sozusagen Nachschriften gefertigt von Informationen.

Hinsichtlich der Weitergabe eines Aktenstücks an das Bundesamt für Verfassungsschutz ist es so, da geht es um eine Veranstaltung in Berlin, die nennt sich „Karneval der Kulturen“, und da geht es insbesondere um den Hinweis auf die Veranstaltung, ein entsprechendes Flugblatt, wo die Veranstaltung beschrieben wird, und das ist weitergeleitet worden an das Bundesamt.

Vorsitzender: Eine Nachfrage, Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, nur, damit ich das richtig verstehe, gab es denn so etwas wie einen Auftrag – ich weiß nicht, ob das beantwortet werden kann – auch an das Landesamt für Verfassungsschutz, Ergebnisse zu liefern, also Protokolle zum Beispiel zu schicken oder so ein Flugblatt, diesen Veranstaltungshinweis zu schicken, also vom LKA zum Landesamt? Oder auch, gab es einen Auftrag dafür, dass der VE-Führer also sozusagen so eine Nachschrift gemacht hat, also Informationen aufgeschrieben hat, die er dann an das LfV weitergeleitet hat? Oder wie muss man sich das vorstellen, also ist das selbstständig und selbsttätig entschieden worden oder wo ist da der Weg gewesen? Also sonst, ich kann das so nicht nachvollziehen, wie die Akten zu Ihnen gekommen sind, sagen wir es einmal so.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Neumann: Ja, das wäre natürlich schon ein Klopfer, wenn das Landesamt für Verfassungsschutz der Polizei Aufträge gibt, wo dann die VEs eingesetzt werden, die übrigens aus Schleswig-Holstein oder von der Generalbundesanwaltschaft geführt werden. Das wäre wirklich ...

(Abg. Antje Möller: Das habe ich auch nicht gesagt.)

Nein, nein, das sage ich ja. Also beziehungsweise das wäre ein Hammer, wenn das so wäre, sondern es ist so, dass die Polizei Erkenntnisse gewinnt und aus diesen Erkenntnissen dann wiederum für sich destilliert und dann nach eigenen Kriterien entscheidet, diese Informationen auch ans Landesamt für Verfassungsschutz weiterzugeben. Das ist im Übrigen in einem Themenkomplex, über den wir ja auch schon häufiger gesprochen haben, eines der Probleme der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, weil wir dort ja auch eine entsprechende unterschiedliche Aufgabenwahrnehmung haben. Und deswegen handelt es sich eben auch nicht um personenbezogene Daten, sondern sehr abstrakte Lagebilder, die zum Teil auch, ohne jetzt zu viel zu verraten, manchmal auch von einer Banalität geprägt sind, die bemerkenswert ist. Also ein Einladungsflugblatt für den „Karneval der Kulturen“, das ist ja hier bereits angesprochen worden, das ist aber eine Information, die man ans Bundesamt weiterleitet, mein lieber Herr Gesangsverein, also das ist ja schon ...

(Abg. Antje Möller: Das ist richtig.)

So. Und deswegen will ich da nur sagen, das ist jetzt nicht so, wie wir das manchmal durch schlechte britische oder noch schlechtere amerikanische Filme immer vor Augen haben, sondern es ist manchmal auch eine erschreckende Normalität oder manchmal auch Banalität. Aber vielleicht noch einmal genauer vielleicht zu den Abläufen zwischen LfV und LKA Frau Domres bitte.

Frau Domres: Es ist so, die Zusammenarbeit gestaltet sich insofern, dass die Informationen an uns weitergegeben werden, die für unsere Aufgabenwahrnehmung erforderlich sind. Also das ist natürlich nicht so, dass sämtliche Informationen, die überhaupt bei der Polizei erhoben werden, an uns weitergegeben werden, oder dass wir entsprechende Aufträge erteilen. So etwas gibt es nicht, das geht auch rechtlich gar nicht, aber in der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz läuft es eben so, wie gesagt, dass wir die für unsere Aufgabenwahrnehmung erforderlichen Informationen bekommen.

(Zwischenruf)

Vorsitzender: Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Der Datenschutzbeauftragte dazu?

Vorsitzender: Herr Professor Caspar.

Herr Dr. Caspar: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich darf zunächst einmal der Innenbehörde danken für die Informationen, die wir in den letzten Wochen von der Innenbehörde bekommen haben. Das betrifft sowohl Fragen, die wir an die Innenbehörde gerichtet haben

(Abg. Antje Möller: Ein bisschen näher ran ans Mikro.)

– Entschuldigung – zu dem Vorgang als auch die gestern erfolgte Einsicht in die Akten, die beim Landesamt für Verfassungsschutz vorliegen, die Berichte der Verdeckten Ermittlerin.

Insofern würde ich gerne unsere vielleicht doch in Teilen von Ihrer Einschätzung abweichende Meinung vortragen lassen. Frau Karakuş hat gestern die Möglichkeit gehabt, dort Einblick zu nehmen. Sie hat sich damit sehr stark beschäftigt und einen Bericht vorgelegt hier. Wenn es möglich ist, den zu verlesen, ich frage natürlich auch jetzt die BIS noch einmal, ob da etwas widerspricht, weil, das sind ja Inhalte auch aus den Akten, die dort eine Rolle spielen. Dann können wir dies vielleicht hier tun. Dann würde ich bitten, Frau Karakuş, da vielleicht die Dinge, die Sie gestern dann aufgeschrieben haben (...).

(Abg. Antje Möller: Können Sie noch einmal sagen, wo Sie Einsicht genommen haben? Ich habe das nicht verstanden, akustisch.)

Frau Karakuş : Beim Landesamt für Verfassungsschutz. Also wir hatten angefragt, ob wir uns die Berichte, die übermittelt wurden an das Landesamt für Verfassungsschutz, ob wir Einsicht nehmen dürfen. Und gestern haben wir das gemacht. Ich möchte auch hier noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass der Bericht, den ich jetzt gleich verlesen werden, also ich hatte das vorab mit der BIS auch abgesprochen beziehungsweise mitgeteilt, dass, wenn wir die Gelegenheit haben, heute im Innenausschuss unsere Sicht vorzutragen, dass wir das auch machen werden.

Die Prüfung gestern hat sich auf die Berichte der Beobachterin für Lagebeurteilung, die das LKA seinerseits an das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg übermittelt hat, beschränkt. Der Schwerpunkt sollte allerdings bei der Frage liegen, ob die Dienstanweisung für den Einsatz vom BfL eingehalten wurde, insbesondere ging es hier uns darum, zu erfahren, ob personenbezogene oder personenbeziehbare Daten in den Berichten, die aus dem Einsatz der BfL herrühren, gespeichert wurden.

Insgesamt kann ich bestätigen, dass 70, also, die habe ich auch gezählt, 70 Berichte, die in Sachakten des LfV abgelegt waren, aus dem Zeitraum, also ich habe mir 2001 bis 2004 notiert, wobei es bei zwei Berichten nicht um Lageberichte der BfL sich handelte, sondern das waren Vermerke des LKA 840, also das kann ich ebenfalls bestätigen. Die Prüfung lief im Wesentlichen so ab, dass ich mir erklären lassen habe, wie so ein Bericht aussieht beziehungsweise was das eigentlich bedeutet, was ich auf dem Bericht oder in dem Bericht sehe. Mir wurde zunächst das äußere Erscheinungsbild dieser Berichte erläutert und die würde ich hier ganz gerne kurz umschreiben, damit man überhaupt eine Vorstellung hat, wovon reden wir hier eigentlich, also welche Informationen sind da drin und was bedeuten diese Informationen eigentlich.

Also, diese Berichte sind mit einer Ausnahme alle maschinell erstellt worden. Ich gehe davon aus, dass die am Computer abgetippt wurden und dann übergeben wurden. Und die sind alle nach dem gleichen Schema aufgebaut. Sie beginnen, also es ist quasi wie so ein Deckblatt. Es beginnt oben immer mit dem Hinweis, also entweder in Stempelform oder, wie gesagt, maschinell draufgeschrieben, „nicht gerichtsverwertbar“. Dann folgt das Datum und davon abgetrennt durch einen Schrägstrich habe ich den Großbuchstaben „A“ aufgefunden. Darunter, direkt also darunter befindet sich ein Kasten, in dem Wochentag, Datum, Uhrzeit und Ort der besuchten Veranstaltung aufgelistet wurde, zum Beispiel, und das ist jetzt einfach nur fiktiv, also das habe ich nicht aus den Berichten, das habe ich mir jetzt einfach nur ausgedacht, 10. März 2003, 19 Uhr, Blaue Hexe, Nachbereitungstreffen der Veranstaltung „Demokratischer Wandel“. Also so in der Art waren diese Informationen. Darunter sind dann die kommenden Veranstaltungen, ebenfalls mit Wochentag, Datum, Uhrzeit und Ort aufgelistet, zum Beispiel am 1. Juni 2003, Hansaplatz, Kundgebung zur aktuellen Lage der Flüchtlinge. Also das waren halt verschiedene Veranstaltungen, die aufgelistet wurden.

Unter den Veranstaltungshinweisen werden dann die anwesenden Personen nach Anzahl und bekannte Personen benannt. Und das ist jetzt auch, was ich jetzt hier nenne, auch fiktiv, habe ich mir auch heute Morgen ausgedacht, also zum Beispiel stand da, acht Personen,

drei davon von der Fahrradgruppe, drei Einzelpersonen, eine Person von der Einrichtung Hula Hub, eine Person vermutlich Tanzgruppe. Also, so in der Art waren die Hinweise, die darauf zu lesen waren. Und direkt darunter war der Berichtszeitraum erwähnt, also zum Beispiel der Berichtszeitraum von 19 Uhr bis 22 Uhr. Und dann folgt der Bericht der BfL, der so im Durchschnitt ein bis zwei Seiten lang ist. Und angehängt an diese Berichte waren zum Teil eben Flyer und Protokolle von Veranstaltungen beigelegt. Was ich festgestellt habe, ist, das sind ja Akten, die zum LfV gegangen sind, also es waren sehr viele handschriftliche Notizen, also jeglicher Art. Man konnte sehen, dass außerhalb der Person oder des Urhebers dieser Berichte jemand anderes oder ich gehe davon aus, dass es jemand anderes war, der an diesen Berichten gearbeitet hat. Und auf die Nachfrage, woraus denn erkennbar sei, dass es sich um Berichte der BfL handelt, wurde mir erklärt, dass es sich aus diesem Buchstabenkürzel „A“ ergeben würde. Das deckt sich ja auch insofern mit Ihren Angaben, das ist der Buchstabe, der hinter diesem Datum jeweils aufzufinden war.

Ich hatte noch einmal gefragt, wie man das zuordnen kann und da wurde mir dann noch einmal mitgeteilt, dass es beim LKA eben wohl eine Liste geben würde, aus dem der Verfasser, also dass es da schon so ist, dass man dann den Verfasser dann auch zuordnen kann. Zu den handschriftlichen Notizen wurde mir dann mitgeteilt, dass es sich um handschriftliche Notizen des LfV handelt, also die arbeiten ja natürlich auch mit den Berichten. Und die Berichte sind ja jetzt schon mehrere Jahre alt. Also ich gehe davon aus, dass sie die Berichte bekommen, sie durchsehen und da dann ihre Kommentierungen machen. Das klang schon sinnvoll, was mir da erklärt wurde.

Und zu der Kennzeichnung der Dokumente „nicht gerichtsverwertbar“, damit konnte ich zunächst erst einmal gar nichts anfangen, weil, das deckt sich nicht mit der Information, die ich aus der Verschlussanweisung zum Beispiel kenne, „geheim“ oder „nur für den Dienstgebrauch“. Da habe ich dann auch noch einmal nachgefragt, also gestern noch einmal nachgefragt und heute auch noch einmal die Rückmeldung bekommen, dass das nur ein interner Vermerk ist. Das hat gar keine Rechtswirkungen nach außen. In der Regel werden solche Kennzeichnungen vorgenommen, also mir wurde heute Morgen ein Beispiel genannt, dass wenn zum Beispiel eine Observation aus einer polizeieigenen Wohnung vorgenommen wird und man diese Wohnung immer noch gerne weiter nutzen möchte für weitere Observationen, würde man so etwas reinschreiben, dass diese Wohnung halt nicht verbrannt wird. Aber Rechtswirkungen nach außen würde das nicht haben.

Das Ergebnis meiner Prüfung, also das, was ich jetzt hier rausgezogen habe, also ich kann auch bestätigen, dass die Berichte sich zum großen Teil auf Gemeinschaftsveranstaltungen von verschiedenen Gruppierungen beziehen, die sich aus dem Umfeld der BfL, also in dem Umfeld, in dem sie sich bewegt hat, handeln. Hauptsächlich waren das Gemeinschaftstreffen, die eben in einer ganz bestimmten Einrichtung stattgefunden haben. Die waren recht vage teilweise, also die Berichte waren recht vage und umschreibend verfasst und sie enthielten Informationen über Veranstaltungen, Bewegungen und geplante Aktionen. Es wurde von den Stimmungen verschiedener Veranstaltungen berichtet oder auch von den Gruppen berichtet und auch über die Sorgen, die in der Szene waren, also worüber man sich in der Szene Gedanken gemacht hat. Zum Beispiel, dass irgendwelche sozialen Einrichtungen geschlossen werden, dass bestimmte politische Ereignisse stattgefunden haben und die Szene darüber bewegt war.

Und was ich nicht bestätigen kann, ist, also es waren die zwei direkt personenbezogenen Daten, die Sie hier auch genannt haben, die habe ich auch gesehen, also die tatsächlich durch Klarnamen genannt wurden, aber darüber hinaus habe ich noch einige andere gelesen. Und auch personenbeziehbare Daten durch Nennung von Funktionen zum Beispiel, Kürzeln, die mir in den Berichten aufgefallen sind. Also ich habe eine ganze Reihe von Zitaten mir rausgeschrieben.

(Herr Krösner: Das müssen wir einmal abgleichen!)

Also ich habe, ich weiß nicht, ob ich also ... Es sind halt tatsächlich personenbezogene Daten. Also ich habe zum Beispiel einen, da ist ein Schreiben: „Hallo Klaus, ich habe vergessen, dir zwei Sachen zu erzählen. Erstens, am 13.12. ist in Kopenhagen ein EU-Gipfel“ und dann kommt ein Name von einer Person, die in einer Einrichtung, also ich nehme an, dass das eine Einrichtung ist, ich habe jetzt nicht geguckt, was das ist, „hat mich gefragt, ob ich da hinfahre“. Und dann kommt wieder unter zweitens, Punkt, Punkt, also das ist auch ein Klarname, erzählte heute, dass die also diese Bambulis gar nicht so toll finden und sie haben die „Bettlermarch-Orga-Menschen“ gebeten, also wenn man sie ganz genau durchguckt, es ist ein Hinweis auf den, ich weiß nicht, wie weit ich da jetzt eine Information ...

Senator Neumann: Es macht ja vielleicht Sinn, wenn der Datenschutzbeauftragte Erkenntnisse hat, das einmal mit den Behörden abzustimmen. Ist schön, dass sie hier im Ausschuss uns darüber informieren, über das. Natürlich kann es Sinn machen, darüber zu sprechen, dem Ausschuss hinterher zu berichten, weil ich das jetzt auch nicht beurteilen kann, wie man damit umgeht. Also, das wäre so ein Angebot, aber wir brauchen mehr Unterstützung.

Vorsitzender: Also, ich wundere mich auch gerade, ich formuliere es einmal umgangssprachlich, das hat jetzt nicht gerade bei mir jetzt den großen Flash ausgelöst, der Bericht, weil ich jetzt nicht unbedingt wissen muss, glaube ich, wie der aufgebaut ist und Ähnliches, aber die Frage, die Sie letztendlich haben, wäre ja eine Frage gewesen, die Sie im Rahmen Ihrer Aktendurchsicht eigentlich gleich vor Ort hätten ja stellen können. Ist offensichtlich nicht passiert oder gibt es da jetzt eine Anmerkung von Ihnen, Herr Professor Caspar?

Herr Dr. Caspar: Also ich habe, Entschuldigung, darf ich jetzt einmal kurz eingreifen? Einmal ist ganz klar, wir haben das gestern durchgeschaut beziehungsweise Frau Karakuş. Da besteht jetzt natürlich nicht viel Zeit. Wir haben auch kaum Zeit gehabt, um uns mit der Frage zu beschäftigen, wie wir jetzt mit den Dingen umgehen. Und wir nehmen natürlich Kontakt mit Ihnen auf und es besteht permanent Kontakt zur BIS. Ich habe eben gefragt, ob wir es verlesen sollen, da haben Sie gesagt, wir sollten es. Es war auch deutlich, dass wir es eben noch einmal klarmachen wollten, ob die Legitimation hier besteht. Ich denke, wenn es darum geht, hier ganz klar und ohne Vorbehalte aufzuklären, dann muss man darüber ja sprechen.

Und ich sage auch ganz deutlich, ich sage ganz deutlich, dass die Polizei, die heute hier die Dinge bearbeitet, mit den früheren Dingen nichts mehr zu tun hat. Und ich sage auch ganz deutlich, es hat sich sehr viel geändert seither. Es haben sich die rechtlichen Parameter geändert, die wir hatten zu der Zeit, als die damalige Dienstanweisung entstanden ist. Und insofern ist es natürlich ganz schwer, sozusagen von heutiger Position aus 15 Jahre zurückblickend die Dingen nach einem rechtlichen Kriterienkatalog zu beurteilen, der damals so noch gar nicht galt.

Wir haben zum Beispiel einen Punkt, wir können gerne über die Beurteilung auch der rechtlichen Fragen schon sprechen, denn da liegen sicher auch viele Fragen auf dem Tisch, die wir angehen müssen. Da ist zum Beispiel ein Punkt, der betrifft das Zusammenrücken von Polizei und Nachrichtendienst beziehungsweise Verfassungsschutz. Man muss ganz deutlich machen, dass die Rechtsordnung hier grundsätzlich ein Trennungsgebot reingezogen hat. Es geht einmal um die operative Aufgabenwahrnehmung, sozusagen im Bereich Gefahrenabwehr und Gefahrenverhütung für den Bereich der Polizei und dann eben auch über den weiteren Bereich der Aufklärung von Nachrichtendiensten, die eben gerade in dem Vorfeld aufklären und Informationen sammeln. Hier ist es offensichtlich umgekehrt gelaufen. Also man hat hier wohl das Gefühl, dass die Polizei eigentlich eher das macht, was

normalerweise der Verfassungsschutz machen müsste. Ja, das ist ein Punkt, darüber muss man reden.

Und dann muss man, denke ich, und das zeigt die Diskussion um die Frage, was ist eigentlich in den Berichten drin, sehr gut, überhaupt klären, sind wirklich keine personenbezogenen Daten erhoben worden? Und was sind überhaupt personenbezogene Daten? Sind personenbezogene Daten nur Klarnamen? Da sage ich ganz deutlich, nein! Personenbezogene Daten sind auch Daten, die personenbeziehbar sind. Und das kann aus dem Kontext passieren und das ist natürlich dann in der Tat der Fall, wenn Sie bestimmte Gruppierungen dort vor Ort haben, die auch letztlich dort auch in den Dokumenten dann erscheinen mit wenigen Personen und bei denen dann klar wird, dass die bestimmte Beiträge geliefert haben. Und es ist sozusagen möglich, insbesondere durch das Wissen der verdeckten Aufklärerin, zu ermitteln, welche Personen das waren, denn die weiß das ja, die hat ja die Kenntnisse, die hat ja alles mitbekommen. Das heißt, hier geht es auch um die Frage der Erhebung von Daten. Die Erhebung von Daten in diesem Bereich ist ja bereits tatbestandsmäßig und löst die Geltung des Datenschutzrechts aus.

(Zwischenruf Abg. Christiane Schneider)

Wenn ich jemanden in solch ein Milieu hineinschicke über Wochen, Monate, Jahre hinweg mit einer Legende, und der beobachtet dann in der Intention, dieses auch weiterzugeben, die betreffenden Gruppen, dann ist das doch eine Datenerhebung. Und insofern würde ich hier auch dann deutlich die Frage stellen, gibt es eigentlich eine Rechtsgrundlage und da hat der Polizeipräsident ganz, finde ich, zutreffend auch schon gesagt, das ist das Problem. Gibt es eine Rechtsgrundlage für solch ein Instrument der BfL oder der verdeckten Aufklärung außerhalb des Garantietatbestandes des Paragraphen 12 PolDVG, der nämlich genau diese Frage eindeutig regelt, wann ein Ermittler verdeckt eingesetzt werden darf. Und ich halte diese Diskussion, die aber auch, und das muss man auch deutlich sagen, damals von meinem Vorgänger mitgeführt wurde, halte ich aus heutiger Sicht für nicht zutreffend, das Ergebnis, dass man sagt, das entspricht, dass man unterhalb dieser Ebene von verdeckter Ermittlung eine verdeckte Aufklärung ermöglicht, die im Prinzip das Gleiche macht, was der Verdeckte Ermittler auch macht. Und da müssen wir, glaube ich, ganz konkret einige Fragen stellen. Und wir können auch gerne etwas schriftlich Ihnen vorlegen, was wir sozusagen aus der Wertung dessen, was wir jetzt erfahren haben, dann hier berichten würden und wie wir sozusagen die rechtliche Problematik, insbesondere mit Blick auf das Trennungsgebot und eben mit Blick auf eine Rechtsgrundlage sehen.

Vorsitzender: Also erst einmal, glaube ich, bevor ich jetzt dem Senat noch einmal das Wort erteile, dass das wahrscheinlich sehr sinnvoll wäre für die weitere Beratung, zusätzlich zum Wortprotokoll, was wir hier ja sowieso führen. Ich will aber generell noch mal die Tendenz äußern, wie wir mit diesem Thema heute sowieso umgehen, aber nicht im Sinne, dass jetzt die Diskussion abgebrochen wird, aber ich denke, das würde ich jetzt einmal in den Vorschlag oder in die Runde geben, dass wir heute mit der Selbstbefassung sowieso nicht fertig werden, es also sowieso weiterbehandelt werden muss. Und ich denke, auch im Lichte dessen, was Sie gerade vorgetragen haben, und im Zuge der jetzt natürlich noch kommenden Fragen, werden wir, glaube ich, in jedem Fall mit diesem Thema, in welcher Zusammensetzung auch immer, jedenfalls da weiter uns befassen müssen, weil jetzt ja noch Aspekte dazugekommen sind, glaube ich, die wir auch noch einmal bewerten müssten und wahrscheinlich auch kritisch bewerten müssen, immer eingedenk der Tatsache, dass das ein Zeitraum ist, der nun schon etliche Jahre zurückliegt, den wir hier gerade versuchen, teilweise jedenfalls aufzuklären. So, ich würde in der Redeliste jetzt erst einmal weitergehen mit dem Senat. Herr Senator Neumann.

Senator Neumann: Ja, herzlichen Dank. Also, ich bin dem Datenschutzbeauftragten sehr dankbar, das noch einmal herausgestellt zu haben, dass wir mit einer retrograden Betrachtung, insbesondere auch mit einer Veränderung des Bewusstseins, aber auch der

rechtlichen Normen natürlich an den ganzen Fall herangehen, und das uns auch immer wieder in Erinnerung rufen müssen, dass die Rechtslage damals und auch die Position vielleicht Ihres Vorgängers eine andere oder eine weiterentwickelte ist. Das ist ja immer wieder wichtig, dass man sich in einem historischen Kontext bewegt, um das zu beurteilen. Einmal eine Beurteilung aus der heutigen Perspektive, das haben wir ja herausgestellt, das wollen wir ausdrücklich tun, was können wir daraus lernen. Und dass wir heute Dinge vielleicht anders bewerten, als sie damals faktischjuristisch vielleicht zu bewerten gewesen wären.

Und das Zweite war nur mein Hinweis, das bitte ich auch nicht falsch zu verstehen, Sie haben gestern genauso beschrieben, in dem engen Zeitfenster sich die Dinge angeguckt, aber es macht, glaube ich, Sinn, dass, wenn es Fragestellungen gibt, wenn es, genau, was Sie angesprochen haben, unterschiedliches Verständnis geben könnte, was sind eigentlich personenbezogene Daten, dass wir darüber einfach noch einmal sprechen und natürlich am Ende dieses Gespräches der Datenschutzbeauftragte seine Position auch dem Innenausschuss natürlich selbstverständlich zur Kenntnis gibt und der Öffentlichkeit zur Kenntnis gibt. Ich bitte nur noch einmal die Möglichkeit, dass man noch einmal darüber spricht insoweit. Ich wusste ja jetzt nicht, was hier vorgetragen wird.

Ich habe im Übrigen ja sowieso als Senatsvertreter gar nicht das Recht, das Wort zu erteilen oder gerade dem Datenschutzbeauftragten das Wort nicht zu erteilen. Das ist ohnehin nicht meine Kompetenz. Und deshalb war das nur mein Hinweis, lassen Sie uns vielleicht noch einmal auf Grundlage der von Ihnen festgestellten Sachverhalte ein Gespräch führen, dann kann vielleicht das eine oder andere vielleicht auch Missverständnis auf unserer Seite aufgelöst werden. Und das ist dann die Grundlage, um dem Parlament eine weitere Beratungsgrundlage zu geben zur Einschätzung des Sachverhalts. Das war mein Vorschlag und ich finde, das wäre auch ein partnerschaftlicher Umgang miteinander. Und was die weitere Voraussetzung, wir gehen ohnehin davon aus, dass es ein Themenfeld ist, was uns weit in dieses Jahr begleiten wird, denn wir haben ja unsere Aufhellungstätigkeiten zwar in großen Teilen schon jetzt geleistet, aber es geht, wie vorhin schon angesprochen, auch darum, Beiträge Dritter, Hinweise Dritter, die sich an anderer Stelle äußern, aber sich uns gegenüber eben noch nicht weiter geäußert haben, wir warten noch auf die staatsanwaltschaftlichen Stellungnahmen. Von daher, sage ich einmal, wird das ein Thema sein, das uns doch geraume Zeit beschäftigen wird, weil es eben auch eine Bedeutung hat im Sinn des zukünftigen Anwenden von entsprechenden Rechtsmöglichkeiten, um da einfach eine Klarheit zu schaffen. Denn das macht ja an diesem exemplarischen Fall deutlich, dass da eben einiges nicht so gelaufen ist, wie wir es uns heute nicht nur juristisch, sondern auch politisch, moralisch vorstellen. Und das ist ja der Ausgangspunkt, an dem wir gemeinsam arbeiten, eine Lösung zu haben, die Instrumente dann auch gesellschaftlich akzeptiert zu erhalten. Das war vielleicht noch mein Verfahrenshinweis und meine auch sehr eigene Haltung. Und da bin ich doch sehr dankbar dafür, wenn wir da auf die Unterstützung des Datenschutzbeauftragten weiter bauen können.

Und wir stehen natürlich auch weiterhin jederzeit für alle Einsichtnahmen zur Verfügung und das ist auch selbstverständlich.

Vorsitzender: Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ich hatte eine Menge Fragen, aber ich will die jetzt auf die beschränken, die jetzt durch Ihren Bericht oder durch Ihre Einlassung aufgeworfen sind. Die anderen Fragen kann ich ja zu einem späteren Zeitpunkt des heutigen Tages stellen, damit es nicht zu viel Durcheinander gibt. Aber meine Frage zielte natürlich, also, bevor Sie geredet hatten, schon in die Richtung, ob die Berichte derart sind, dass Personen identifizierbar wären, ohne dass sie genannt werden, und da gibt es jetzt eine Antwort. Ich hätte es auch sonst wirklich schwierig gefunden. Für mich ist das irgendwie unvorstellbar, insbesondere, wenn die dann noch an den Verfassungsschutz direkt weitergeleitet werden,

der ja sicher auch seine Leute hat und auch Informationen verknüpfen kann. Also dann gehe ich einmal irgendwie davon aus, dass da auch eine Verknüpfung von Informationen stattfindet. Aber das ist jetzt ein Stück weit da aufgeklärt. Und das zeigt auch schon die Problematik.

Und ich hatte das ja eben schon angesprochen, es gab erhebliche Zweifel 1998 nach „Stefan“, sage ich einmal, an der Rechtsgrundlage des Einsatzes. Dann ist die Dienstanweisung erarbeitet worden und die machte dann den Unterschied zwischen rechtswidrig und rechtmäßig. So habe ich das verstanden. Die Dienstanweisung kennt aber bis heute der Gesetzgeber gar nicht. Das finde ich wirklich ein echtes Problem, dass also die Polizei entscheidet, was da jetzt rechtmäßig und nicht rechtmäßig ist. Und zwar nicht auf der Grundlage von Gesetzen, sondern eben Gesetz plus Dienstanweisung. Deswegen habe ich ja auch gesagt, die Dienstanweisung, finde ich, sollte der Innenausschuss auf jeden Fall zur Kenntnis bekommen, damit man das auch beurteilen kann.

Dann würde ich in dem Zusammenhang einfach einmal die Frage stellen, weil Sie die Frage auch aufgeworfen hatten und Sie ja jetzt auch gesagt haben, es ist ja eigentlich wie VE, sind denn die bisherigen Überlegungen der Behörde so, wie weit sind die jetzt im Bezug, will man denn an diesem Institut des BfL überhaupt festhalten und wenn ja, wozu braucht man die nach Auffassung der Behörde und warum beschränkt man sich dann nicht wirklich auf den VE oder die VE?

Vorsitzender: Herr Senator Neumann.

Senator Neumann: Jetzt könnte ich fast schon sagen, eine bemerkenswerte Fragestellung, denn die Eingriffstiefe einer Verdeckten Ermittlerin und eines Ermittlers ist natürlich ungleich größer, was die Grundrechtseinwirkung angeht.

(Abg. Christiane Schneider: Ich habe nicht gesagt, dass sie eingesetzt werden sollen.)

Ja, wenn das Ergebnis natürlich ist, wir machen keinen Beamten zur Lagebeurteilung und die VE wird so hochgestuft, dass man im Grunde gar nichts mehr erfährt, dann ist das so ähnlich, wie Herr Ramelow das macht. Herr Ramelow hat ja jetzt für sich vorbehalten, dass er den Einsatz von verdeckten Ermittlerinnen und Ermittlern persönlich als Ministerpräsident entscheidet. Ob das eine kluge Entscheidung ist, weiß ich jetzt nicht. Ich entnehme es dem Koalitionsvertrag, der da in diesem Land, in Thüringen geschlossen worden ist.

(Abg. Kai Voet van Vormizeele: Guter Koalitionsvertrag.)

Da kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Was die Funktion und die Notwendigkeit von Kolleginnen und Kollegen zur Lagebeurteilung angeht, können sicherlich Herr Krösner und Herr Meyer etwas dazu sagen. Aber es gibt seitens des Senates, auch meiner Person, jedenfalls keinen Gedanken daran, auf dieses Rechtsinstitut in Zukunft zu verzichten. Was die Nutzung beider Rechtsinstitute in einer Person angeht, habe ich mich aber schon, glaube ich, sehr eindeutig geäußert.

Zu der Funktion Herr Krösner.

Herr Krösner: Da würde ich vielleicht etwas dazu sagen. Ich kann die Frage nachvollziehen, ist ja logisch, dass sie gestellt wird, auch nach den Einlassungen. Ich glaube auch, dass es erstens noch der Gespräche bedarf, die wir ja jetzt hier schon auch von Herrn Professor Caspar angekündigt bekommen haben, dass wir uns nämlich noch einmal darüber unterhalten müssen, was geht auf welcher Rechtsgrundlage nach den heutigen Bewertungen eigentlich. Und dann möchte ich auch noch einmal einfach darauf hinweisen, ich glaube, auch das ist ein ganz normaler Prozess, dass man Rechtsauffassungen auch

noch einmal austauschen muss. Also das ist auch, glaube ich, ein ganz normaler Vorgang. Herr Professor Caspar hat seine Rechtsauffassung eben schon einmal so skizziert und jetzt wird man sich einfach noch einmal darüber unterhalten müssen, welche Rechtsauffassungen sind da gegeneinander und gegenüber zu stellen und wie sind die auf welcher Grundlage zu bewerten. Und dann werden wir abschließend auch klären müssen, mit welchen Rechtsinstrumenten können wir künftig arbeiten.

Das Interesse daran, unterschiedliche Eingriffsgrundlagen zu behalten, besteht durchaus, würde ich einmal hier sagen, weil, es ist eben schon so ein bisschen angeklungen, der Einsatz einer Verdeckten Ermittlerin hat natürlich eine andere Qualität als der Einsatz als BfL. Und nun haben wir diesen einen Sachverhalt, auf dem wir diese Fragestellung immer fokussieren und sagen, Mensch, können wir einen BfL in dieser Form so lange und mit dieser Tiefe in der Szene einsetzen. Aber das ist normalerweise auch nicht so das klassische Feld für einen BfL. Wir haben natürlich auch das Interesse daran, auch einmal niedrigschwellig jemanden für einen begrenzten Zeitraum irgendwo einzusetzen, um an der Oberfläche – deutlich nicht so tief, wie es jetzt hier der Fall war, sondern an der Oberfläche – einfach einmal Informationen zu gewinnen, die man als uniformierter oder klar erkennbarer Polizeibeamter in diesem Bereich nun einmal einfach nicht erhält, ohne dass wir immer so tief einsteigen wollen, wie das in diesem Fall der Hintergrund war. Diese Möglichkeit wollen wir uns gerne erhalten. Ob wir sie uns in welcher Form erhalten können, das wird sicherlich noch die Frage sein, die wir zu erörtern haben.

(Abg. Christiane Schneider: Kann ich noch eine Nachfrage ...)

Vorsitzender: Ich habe jetzt noch eine Nachfrage, Frau Schneider, und dann habe ich noch Herrn Jarchow, Frau Möller und Herrn Voet van Vormizeele auf der Redeliste. Findet das Einverständnis, dass wir danach dann die Pause machen? Ich hoffe, dass man vielleicht dann auch den Abschluss des Tagesordnungspunktes finden könnte nach den drei Redemeldungen, aber wir gucken einmal. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ja, der Hintergrund meiner Frage ist genau, was Sie am Schluss gesagt haben. Ein Verdeckter Ermittler ist natürlich ein sensibles Instrument, habe ich irgendwo gelesen, das hat eine hohe Hürde. Da werden ja auch Gericht oder Staatsanwalt es genehmigen müssen, während die BfL entscheidet die Polizei. Sie haben ja dankenswerterweise aus dem Prüfbericht, der ja auch vertraulich ist, zitiert beim letzten Mal. Und da geht ja eindeutig draus hervor, das sagt ja der Datenschutzbeauftragte, im Jahr 2001, dass es mehrere VA gibt. Also da ist nicht von einem die Rede oder auch nicht die Rede, dass das jetzt nach „Stefan“ beendet war, sondern es gibt mehrere. Und ich gehe einmal davon aus, da gab es dann den Islamismus noch nicht, dass da auch mehrere in linken Szenen waren. Ich hatte ja letztes Mal schon angesprochen, da gab es noch keine Antwort, es gab ja dann 2004 auch Christian Trott, hieß der, glaube ich.

Das heißt, es ist für Sie ein relativ leichtes Instrument, einmal so einen VA, also BfL heute, loszuschicken, und relativ viel schwieriger einen VE. Und deswegen frage ich Sie genau, für was genau soll der denn zukünftig gebraucht werden? Also das ist der Hintergrund meiner Frage. Ja, für was brauchen Sie denn dieses leichter einsetzbare Instrument? Ich kann es mir ja denken, also das war nicht meine Rede, man soll mit dem schweren Geschütz gleich immer auffahren, aber wenn der Unterschied so gering ist in der Realität, dann schaffen Sie sich ja im Grunde ein Mittel, sozusagen eine höhere Hürde zu umgehen, um eine leichtere Hürde zu nehmen. Das ist mein Einwand.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Neumann: Ja, aber das ist nicht so. Also, man darf jetzt auch nicht bei einem Fall, der jetzt gut zehn, 15 Jahre zurückliegt, den als Beispiel dafür nehmen, wie umgegangen wird. Und ich habe, glaube ich, jetzt mehrfach deutlich gemacht, wie meine Haltung und die

Haltung der Behördenleitung, des Polizeipräsidenten bei der Frage ist dieser Dual-Use-Rechtsgrundlage, um es einmal so zu sagen. Das ist etwas, was, glaube ich, sehr deutlich geworden ist.

Und das Zweite ist, wir brauchen eben auch die Erkenntnisgewinne, beispielsweise bei Demonstrationsgeschehen, um auch auf Grundlage realistischer Erkenntnisse, den Kräfteinsatz der Hamburger Polizei richtig zu dimensionieren. Und dass das so häufig so erfolgreich gelingt, liegt eben daran, dass wir Erkenntnisse haben, die uns die Möglichkeit geben, die Lage realistisch einzuschätzen. Und dummerweise kündigen diejenigen, die vielleicht das Interesse haben, ihr Demonstrationsrecht handfester in die Hand zu nehmen als andere, das ja nicht öffentlich an und kündigen das ja weder bei der Anzeige der Demonstration an noch sonst etwas. Und von daher brauchen wir auch Informationen, die wir auf dem Weg des Einsatzes eines solchen Beamten oder einer solchen Beamtin auch in Zukunft brauchen, denn wir brauchen ja eine richtige, angemessene Reaktionsmöglichkeit auf die verschiedensten Geschehnisse in der Stadt. Und wenn das eine Black Box ist, dann, glaube ich, gibt es daraus Konflikte, die wir durch den Erkenntnisgewinn so wesentlich klüger managen können und mit weniger vielleicht auch manchmal Konflikten, als sie vielleicht auftreten würden, wenn wir solche Informationen nicht hätten. Als ein Beispiel nur. Und darauf kann man aus meiner Sicht, jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt, nicht verzichten, sollte man auch nicht drauf verzichten. Denn sonst hat man nur das schwere Geschütz, das war ja Ihr Begriff. Und das ist sicherlich erstens zu Recht eine sehr hohe Hürde und zum anderen wäre es aber dann eben auch die Notwendigkeit, ständig diese hohe Hürde nehmen zu müssen. Und das wäre dann wiederum auch nicht angemessen zur Notwendigkeit des Erkenntnisgewinns.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Jarchow.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ich denke, es ist uns allen ist deutlich geworden, dass das, was Sie eben gesagt haben, Herr Vorsitzender, dass dieser Fall nicht heute abschließend zu klären ist, in diesem Stand der Ermittlungen deutlich wird. Es wird sicherlich dieser Ausschuss und das Parlament noch länger sich damit befassen müssen. Was mir einmal bei den ganzen Vorträgen, die ich jetzt gehört habe, insbesondere, was mir aufstößt, ist die Tatsache, dass wir im Rahmen des gesamten NSU-Komplexes immer sehr stark damit konfrontiert worden sind, mit dem strikten Trennungsgebot zwischen der Arbeit der Polizei und dem Verfassungsschutz. Und ich nun feststelle, dass scheinbar hier in diesem Falle es diese Trennung nicht gegeben hat, weil eine Ermittlerin für beide gearbeitet hat.

(Zwischenruf: Nein.)

– Oder ist der Eindruck falsch?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Neumann: Ausdrücklich, dass sich das nicht falsch festsetzt. Es hat keine Verdeckte Ermittlerin der Hamburger Polizei oder auch kein Verdeckter Ermittler der Hamburger Polizei für den Verfassungsschutz gearbeitet, sondern es geht darum, dass, wenn die Polizei allgemeine Erkenntnisse gewonnen hat, sie dann auch diese abstrakten Informationen weitergibt an den Verfassungsschutz; nicht alle, aber bestimmte, die zur Arbeitserledigung notwendig sind. Und das ist ja ein Teil des Berichtes vorhin gewesen, dass wir uns darüber noch einmal ...

(Zwischenruf Frau Karakuş: Dagegen bestehen auch gar keine Bedenken!)

– Nein, dass wir uns darüber noch einmal unterhalten müssen, ist das denn wirklich eng genug formuliert gewesen, war das wirklich abstrakt genug oder gibt es doch personenbezogene Daten, das sind ja genau die Dinge, die Sie vorhin beschrieben haben

und das ist auch ein Gegenstand, über den wir sprechen müssen. Aber es ist nicht so, ich will das jetzt noch ein zweites Mal wiederholen, damit das nicht morgen in der Schlagzeile so perpetuiert wird, es gibt keinen Einsatz von Polizistinnen und Polizisten als Verdeckte Ermittlerinnen oder Verdeckte Ermittler indirekt durch die Hintertür des Verfassungsschutzes, sondern die Polizei entscheidet autonom, selbstständig, welche Information abstrakt dann an den Verfassungsschutz weitergegeben wird.

Ob das in diesem Einzelfall, das ist ja angesprochen worden, alles immer so gewesen ist und ob das abstrakt genug gewesen ist und ob es abstrakt genug ist nach den heutigen Rechtsnormen oder den damals geltenden, das ist genau das, was wir noch einmal besprechen, worüber der Datenschutzbeauftragte dem Ausschuss dann auch noch einmal Bericht gibt und auch mir übrigens Bericht gibt, weil ich auch ein großes Interesse daran habe, das sicherzustellen. Aber noch einmal, nicht das Bild, dass hier durch die Hintertür der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt worden ist. Das ist mitnichten der Fall. Deswegen bin ich dankbar für die Nachfrage, um das noch einmal sehr, sehr deutlich, unmissverständlich zu sagen.

Vorsitzender: Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, aber das ist schon wirklich ein spannender Punkt, möchte ich auch noch einmal deutlich sagen. Die Frage, ich habe sie ja eben schon einmal gestellt, wer hat denn das eigentlich entschieden, diese Weitergabe? Sie sagen jetzt sehr deutlich, es ist klar, dass es keinen Auftrag weder vom LfV an das LKA gab noch in irgendeiner anderen Form einen Auftrag, sondern dass das dann alles ja wahrscheinlich der VE-Führer jeweils entschieden hat. Wer sonst hätte die Unterlagen weitergegeben? Dann müssen Sie es vielleicht noch einmal aufklären. Es ist jedenfalls eine Lücke, die nicht mit Absicht irgendwie entstanden ist, sondern da haben wir bisher so noch nicht drüber gesprochen.

Herr Kröscher hatte uns ja beim letzten Mal schon sehr klar erklärt, wie eigentlich der Weg der Weitergabe der Informationen, der ja sehr eng gefasst eigentlich, zumindest mir so erschien. Also bestimmte Sachen, nämlich die VE-Ergebnisse, gingen immer nur an das BKA oder an die ermittlungsführende Staatsanwaltschaft und alles andere auch nur an einen sehr engen Kreis im LKA. Da kam das LfV nicht vor beim letzten Mal, so, da hatten wir das offengelassen, da hatten Sie das einfach noch nicht als Ergebnis. Also das ist, glaube ich, ein Thema, wo man noch dranbleiben muss.

Und mich interessiert aber auch noch einmal, so wäre meine Bitte, eine Rückmeldung, vielleicht noch einmal vom LfV oder vom Senat natürlich, ist es denn so, dass aus der Sicht des Landesamtes personenbezogene Daten erst dann personenbezogene Daten sind, wenn dort ein Name, ein Klarname steht. Und dass Sie alles das, was sich auf Personen bezieht, die eigentlich durch Kenntnis einer bestimmten Szene oder durch ihre eigenen Ermittlungen jetzt aus dem LfV heraus, sehr wohl dann sehr schnell durch das Zusammenzählen von eins und zwei oder auch noch drei zu Personen, zu Klarnamen führen können. Sind das aus Ihrer Sicht per Definition erst einmal keine Personendaten, die Sie bekommen haben? Das finde ich noch einmal eine Frage, da hätte ich gerne noch einmal eine Antwort drauf.

Ich habe noch einen anderen Punkt. Wir haben beim letzten Mal und jetzt auch immer schon wieder noch einmal darüber gesprochen, dass die Beamtin, ich habe jetzt noch einmal hier Seite 39 des Wortprotokolls, da, im Vortrag von Herrn Kröscher findet sich das noch einmal. Zwei Sätze lese ich vor: „Wir haben in diesem Fall ja dann die Situation, dass die Beamtin sowohl als Beobachterin für die Lagebeurteilung wie auch als Verdeckte Ermittlerin eingesetzt war.“ Und dann kommt der Satz: „Das ist grundsätzlich möglich.“ So, ich würde gerne noch einmal wissen, woher Sie diese grundsätzliche Möglichkeit, woher Sie die holen? Also gibt es eine Rechtsgrundlage dazu oder nicht? Ein bisschen bin ich ja in einer ähnlichen Situation wie auch der jetzige Innensenator, wenn ich das einmal so sagen darf, der 1997 im

Innenausschuss war. Ich war da noch nicht damals, aber wir waren sozusagen da Koalitionskolleginnen, wenn ich da einmal so drauf hinweisen darf.

Und ich habe noch alte Akten. Und in diesen alten Akten gibt es so Entwurfsfassungen, wie das so ist in alten Akten. Und ich würde gerne einmal konkret wissen, ob das richtig ist, dass in der Dienstanweisung, die es früher einmal gab und die es möglicherweise jetzt auch aktuell gab, von der Sie sagen, dass Sie als vertraulich eingestuft ist, das will ich auch gerne so akzeptieren, dass es dort aber klare Äußerungen zu dem, was ein BfLer – oder VA hieß es ja früher – darf und nicht darf, tatsächlich auch drinstehen. Also ganz konkret die Frage, steht dort immer noch drin, so, wie es früher einmal drin stand, dass VAs, also BfLer dann, nicht mit strafprozessualen Ermittlungen beauftragt werden dürfen. Oder steht das einfach nicht mehr drin? Also das ist in der alten Fassung, die vor 1996 galt, eindeutig Bestandteil gewesen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Neumann: Ja, Herr Krösner wird gleich versuchen, darauf Antworten zu geben und auch deutlich zu machen vielleicht noch einmal, wie die Zusammenarbeit und die Informationsweitergabe zurzeit, heute, zwischen LKA und Landesamt für Verfassungsschutz abläuft. Weil, das können wir mit Sicherheit sagen. Wie das vor zehn, 15 Jahren war...

Das Zweite ist die Definition personenbezogener Daten. Das ist etwas, da schlage ich vor, bevor wir uns jetzt bereits bei unterschiedlicher Rechtsauffassung, die hier ja grad schon deutlich geworden ist, vielleicht auch noch einmal verständigen und dann gemeinsam oder auch gemeinsam strittig oder gemeinsam konsensual auf Grundlage des Berichts des Datenschutzbeauftragten beim nächsten Mal die Diskussion weiterführen. Weil, ich halte jetzt nicht viel davon, dass wir jetzt noch einmal unsere Rechtsauffassung darstellen und dann noch einmal der Datenschutzbeauftragte seine Rechtsauffassung. Und dann sitzen wir beide in unseren Schützengräben. Und dann, finde ich, sollten wir noch einmal darüber sprechen einfach, um die unterschiedlichen Rechtsauffassungen zu klären und dann zu sehen, eventuell strittig oder eben auch konsensual vorzutragen. Und die Aussage, dass grundsätzlich der gemeinsame Einsatz in einer Person, war eine Äußerung, die Herr Krösner ja letztes Mal so gemacht hat, war darauf bezogen, dass das eben eine rechtliche Möglichkeit ist. Ich habe aber ja hier bereits politisch gesagt, dass ich diese so nicht zukünftig sehe.

(Abg. Antje Möller: Das ist klar! Ja, ja.)

Und in dem Augenblick, wo ich die Sachverhalte erkannt habe, auch entsprechende Anweisungen gegeben habe. Und was die Polizeidienstvorschrift angeht, die ist mir jetzt nicht im Detail bekannt, das müssten wir eventuell nachliefern, aber vielleicht kann Herr Krösner oder Herr Schulz-Eckhardt, die die ja inhaliert haben, dazu etwas dann entsprechend sagen. Herr Krösner zuerst und dann Herr Schulz-Eckhardt? Wie Sie mögen.

Herr Krösner: Ja, ich versuche das noch einmal abzuarbeiten.

(Abg. Christiane Schneider: Aber bitte näher am Mikro.)

Ich versuche das näher am Mikrofon abzuarbeiten. Noch einmal, um das deutlich zu machen, weder die verdeckt arbeitende Beamtin noch der VE-Führer entscheidet, welche Berichte letztlich ans LfV übermittelt werden. So lief es damals wahrscheinlich nicht, muss ich sagen, wahrscheinlich, also, aber so ist es auch heute grundsätzlich nicht, sondern es ist immer so, der VE-Führer unterscheidet, wie ich schon dargestellt hatte, eigentlich nur oder hat damals unterschieden, das ist ein Bericht als BfLin, das ist ein Bericht VE und VE-Berichte gingen stante pede nur an die ermittlungsführende Dienststelle. Die durften eben nicht weiter verwendet werden. Wir haben zumindest keine Belege gefunden, dass davon

abgewichen worden ist, aber, wie gesagt, ich muss ja auch immer einräumen, wir haben die Strafermittlungsakten halt nicht.

Wir gehen davon aus, dass die Berichte, die man beim LfV gefunden hat, aber auch da muss ich immer sagen, wir gehen davon aus, dass das Berichte waren, die als BfLin gefertigt worden sind. So wirken diese Berichte auch, also das wirkt nicht wie ein Bericht, den man für ein Strafermittlungsverfahren fertigt. Die Form, die Frau Karakuş hier schon dargestellt hat, weist eigentlich relativ deutlich darauf auch hin. Also für Strafermittlungsverfahren werden normalerweise andere Formen auch gewählt.

Diese Berichte, die als BfL oder als Lageberichte gefertigt worden sind, die gehen dann ja in die Auswertung beim Landeskriminalamt. Und die gucken dann auch bei der Auswertung noch einmal drauf, sind das Berichte, die von ihrem Inhalt her für die Aufgabenstellung des LfV verwendbar sind.

(Abg. Antje Möller: So ist es heute? Sie beschreiben es heute?)

– So ist es heute. Ob das damals genauso war, ich gehe davon aus, dass es eigentlich damals auch so war, aber ich muss sagen, also ich gehe davon aus, ich weiß es nicht ganz genau. Nach dem, was wir hören, wird es damals soweit auch so gewesen sein vom Prinzip her. Das auch damals eigentlich die Kolleginnen und Kollegen, die es ausgewertet haben, mitbetrachtet haben: sind das Berichte, die für die Aufgabenstellung des LfV von Bedeutung sein können. Und diese Berichte wurden dann jeweils übermittelt. Also es geht längst nicht alles, was bei der Polizei, beim Staatsschutz vorliegt, an das LfV, sondern es ist immer nur eine Auswahl dessen. Da kann man sicherlich im Einzelfall einmal drüber diskutieren, ob dieser Bericht dann dahin gehört oder nicht, aber das sind dann eben diese individuellen Entscheidungen, die getroffen werden, welcher Bericht erscheint nun sinnvoll für das LfV oder nicht.

(Abg. Christiane Schneider: Da werden ja auch Löschfristen unterlaufen.)

Nein, die Löschfristen, muss ich einmal ganz deutlich machen, die Löschfristen für Polizei und Landesamt für Verfassungsschutz sind unterschiedlich.

Und die Polizei greift aber dann üblicherweise auch nicht mehr auf Berichte zurück, die beim LfV gelagert sind. Das machen wir jetzt in diesem Fall natürlich, das ist aber nicht der Regelfall, um es ganz deutlich zu machen. Es ist also nicht so, dass wir unsere Akten ins LfV schieben vonseiten der Polizei und sagen, dann haben wir ja noch längeren Zugriff darauf.

Senator Neumann: Wenn ich das vielleicht noch um den Satz ergänzen darf, Trennungsgebot ist natürlich einerseits/andererseits, aber es ist vor allen Dingen vom LfV Richtung Polizei, weil, das LfV hat ja im Vorhinein, im Vorfeld der strafrechtlichen Ermittlungen Rechte. Und deswegen ist das Trennungsgebot in dieser Richtung natürlich noch einmal bedeutender als in die andere Richtung. Trotzdem ist das zu diskutieren, keine Frage, ich bin auch jetzt kein Verfassungsrechtler, aber das Trennungsgebot macht in besonderer Weise Sinn, auch historisch, dass es eben nicht die Möglichkeit gibt, dass die Polizei Mithilfe des Landesamts für Verfassungsschutz nutzt. In die andere Richtung muss man es noch einmal auch anders diskutieren. Aber das ist ein sehr, sehr weites Feld und ich will mich als bekennender Nichtjurist jetzt auch nicht auf eine verfassungsrechtliche Diskussion einlassen. Aber ich glaube, es ist noch einmal durchaus unterschiedlich zu betrachten, was die Informationsweitergabe aus dem strafrechtlichen Bereich, beziehungsweise aus dem polizeirechtlichen Bereich, Richtung LfV geht, und ganz anders noch einmal, auch politisch noch einmal anders, vom LfV Richtung Polizei. Aber das ist jetzt noch einmal wieder eine ausdrücklich nichtjuristische, sondern zumindest eine Erwägung, die ich mit in die Diskussion einführen will. Aber vielleicht kann Herr Krösser noch einmal die

anderen Fragen mit beantworten und dann habe ich schon so viel entweder Zuspruch oder Widerspruch bei Herrn Caspar ausgelöst, ich bin gespannt.

Herr Krösser: Ich würde dann vielleicht noch einmal kurz auf die Frage eingehen wollen, gibt es denn eigentlich unterschiedliche Auffassungen, was personenbezogene Daten sind. Ich persönlich glaube gar nicht einmal, dass wir auffassungsmäßig großartig auseinanderliegen in der Bewertung, was ist ein personenbezogenes Datum. Ich glaube nur, dass wir bei der Betrachtung der einzelnen Fälle – müssen wir einmal gucken, ob uns vielleicht auch einmal bei irgendeinem Vorgang jetzt einfach das durchgerutscht ist bei der Auswertung, dass da irgendwelche Klarnamen drinstanden –, aber dass uns sehr wohl bewusst ist, dass nicht nur Klarnamen personenbezogene Daten sein können. Ich glaube, da sind wir überhaupt nicht auseinander, Herr Professor Caspar.

Wir müssen nur dann immer noch einmal draufgucken und sagen, wo sehen wir in diesen Sachverhalten eine Rückverfolgbarkeit und wo sehen wir sie nicht. Und da könnte es ganz unterschiedliche Bewertungen geben, könnte ich mir vorstellen. Aber darüber, denke ich einmal, werden wir uns einfach noch einmal austauschen und das am Einzelfall klären. Einen Punkt möchte ich aufgreifen, weil der gesagt worden ist, natürlich ist für die Beamtin, die dort eingesetzt war, immer nachvollziehbar, mit wem sie da zu tun hatte, das ist völlig klar. Also diese Nachvollziehbarkeit ist natürlich ein Fakt, den kann man nicht wegre-den. Der besteht immer. Der besteht aber aus diesem Instrument als solchem.

Hinsichtlich der Frage, ist in der Dienstanweisung eigentlich geregelt, aktuell noch, dass BfL nicht mit strafprozessualen Ermittlungen beauftragt werden können, das ist nach wie vor so geregelt. Das besteht weiterhin.

(Abg. Antje Möller: Danke!)

Vorsitzender: Herr Professor Caspar.

Herr Dr. Caspar: Ja, vielen Dank. Also ich nehme Ihr Angebot sehr gerne an. Ich glaube, wir sollten in der Tat noch einmal deutlich, bevor sozusagen eine klare Entscheidung hier getroffen wird, noch einmal deutlich über diese Fragen sprechen. Dazu gehört der Begriff der Personenbeziehbarkeit, das ist ganz richtig. Dazu gehört aber auch der Begriff der Erhebung von Daten. Wann erhebe ich Daten? Und ist es etwa nur entscheidend, ob ich etwas aufschreibe oder ob ich die Beamtin als Verdeckte Ermittlerin irgendwo hinschicke? Das ist sicher auch ein Punkt. Und insofern ganz entscheidend eben für die Frage, ist überhaupt Datenschutzrecht anwendbar. Wenn wir sagen, das ist alles kein Erheben von Daten, nur, wenn das sozusagen aufgeschrieben wird, dann ist es ein Problem, dann können Sie Ihre Leute überall hinschicken ...

(Abg. Christiane Schneider: So ist es!)

... und zwar ohne rechtliche Grundlage, ohne das Erfordernis einer rechtlichen Grundlage. Und da muss man sich genau angucken, ist das wirklich gewollt.

Kurz noch einmal, Herr Senator Neumann hat es eben noch einmal angesprochen, den Trennungsgrundsatz oder auch die Frage, was bedeutet eigentlich die Verpflichtung zwischen Geheimdienst, zwischen Nachrichtendienst, Verfassungsschutz einerseits und Polizei andererseits zu unterscheiden. Ich glaube, wir liegen hier gar nicht mit dem Problem so sehr bei der Übermittlung von Daten von der einen zur anderen Stelle, da gibt es ja Vorschriften. Ich wollte darauf hinweisen, in dem Zusammenhang, dass grundsätzlich die Polizei offen Daten erhebt und grundsätzlich offen agiert, sozusagen auf operative Aufgabenwahrnehmung ausgerichtet ist, und dann eben auch detaillierte Rechtsgrundlagen hat, auf der sie agiert, während dann Nachrichtendienste grundsätzlich verdeckt arbeiten,

also der Verfassungsschutz letztlich Beobachtung und Aufklärung im Vorfeld von Gefahren, letztlich zu seiner Tätigkeit zählen muss.

Und das ist eine Trennung, die im Prinzip dem Modell unseres Rechtsstaats zugrunde liegt und die eben darauf aufbaut, dass diese beiden Funktionen getrennt werden. Und da muss man sicher auch noch einmal gucken, ist es überhaupt sinnvoll oder ist es auch überhaupt von dieser Struktur her zulässig, dass die Polizei eigentlich Dinge übernimmt, die in diesem Vorfeld passieren. Oder muss das nicht tatsächlich der Verfassungsschutz mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen, die dort gegeben sind, durchführen

(Senator Neumann: Das hat der Gesetzgeber entschieden.)

– Das hat der, ja, der Gesetzgeber und das Bundesverfassungsgericht vor allem im 2013-Urteil zur Antiterrordatei gesetzt. Da wird nämlich ganz deutlich gesagt, dass diese Bereiche bestehen, auseinanderfallen und nicht zusammengeführt werden dürfen, denn eine Geheimpolizei gibt es nicht. Und darum ist es, glaube ich, ganz wichtig, dass man da auch noch einmal justiert, ob das wirklich künftig eine Aufgabe ist, die von der Polizei übernommen wird und wie weit diese Polizei die Aufgabe hat. Ich bin ja ganz klar bei Ihnen, wenn Sie sagen, Sie benötigen Kenntnisse über Polizeieinsätze. Das ist ganz sicher richtig. Dann sind das aber auch Erkenntnisse, die man nicht holt mit personenbezogenen Daten. Dann schicken Sie einen Ermittlungsbeamten auf die Straße, der guckt sich das an, auch in Zivil, mischt sich unter das Volk und schaut etwa, wie viel Personen werden hier möglicherweise jetzt kommen. Das ist etwas anderes, als jemanden sozusagen als Verdeckten Ermittler loszuschicken. Und insofern ist es ganz sicher und ganz wichtig auch, dass die Polizei diese Möglichkeiten hat, aber dann unter dem richtigen Rubrum, unter dem richtigen Oberbegriff, der dann auch letztlich eine tragfähige rechtliche Grundlage hat.

Vorsitzender: Herr Voet van Vormizeele.

Abg. Kai Voet van Vormizeele: Also, ich warte jetzt schon eine Stunde. Dann kann ich auch weiter warten.

Vorsitzender: Ich glaube, wir kommen im Moment ja so ein bisschen vom Hundertsten in Tausendste hier.

Vorsitzender: Also eigentlich haben wir eine Selbstbefassungsangelegenheit und ich habe vorhin schon einen Vorschlag gemacht, um es ein wenig zu verkürzen. Wenn es mir jetzt so schwer gemacht wird, indem jeder Abgeordnete natürlich auch dafür verantwortlich ist, welche Fragen er stellt, dass er dann auch die Antworten erwartet, inklusive Nachfragen, dann ist das so, dass sich das ausdehnt, inklusive Expertendiskussionen hier auf offener Bühne, wovon ich schon vorhin erklärt habe, die, habe ich nicht den Eindruck, dass sie im Moment uns sehr viel weiterbringen.

(Abg. Antje Möller: Mich schon!)

Vorsitzender: So. Herr Senator Neumann bitte.

Senator Neumann: Ich verzichte aufgrund Ihres Hinweises auf meinen Beitrag.

Vorsitzender: Herr Voet van Vormizeele.

Abg. Kai Voet van Vormizeele: Also, mein Problem ist zurzeit, dass wir, wie ich finde, eine ausgesprochen unstrukturierte Debatte hier führen. Wir haben uns eigentlich einmal vorgenommen, einen konkreten Fall aufzuarbeiten. Da hat der Senat einen, wie ich finde und auch vorhin formuliert habe, wesentlichen Beitrag geleistet. Dieser soll jetzt übergehen in eine grundsätzliche Neuüberlegung, die der Senat machen muss. Das ist die Aufgabe der

Exekutive, das wird er auch hoffentlich die nächsten Wochen und Monate tun. Dann, wenn das geschehen ist – und dazu gehört auch die Berücksichtigung von verschiedenen rechtlichen Auffassungen, die des Senates, die des Datenschutzbeauftragten, vielleicht werden die Fraktionen durchaus auch eigenen Sachverstand da einbringen, wie auch immer dem sei –, wenn das dann so weit ist, können wir das debattieren und diskutieren. Dazu gehört dann auch, Frau Schneider, natürlich die politische Dimension, denn letztendlich treibt Sie ja eher sozusagen die Politik um als die rechtliche Bewertung, dass Sie den Einsatz von verdeckten Aufklärern eigentlich nicht haben möchten. Alles das ist ja sehr sinnvoll und können wir strukturiert tun, aber momentan hüpfen wir von einem zum Nächsten und damit kommen wir eigentlich überhaupt nicht weiter.

Was mich dabei besonders momentan ärgert, ist eigentlich jetzt so ein Hinweis auch seitens der Kollegen vom Datenschutz, wir haben da etwas gefunden, ja, wir können gar nicht sagen, was es eigentlich gewesen ist, weil, da sind wir hier in der öffentlichen Sitzung. Und ich sage Ihnen ganz offen, da möchte ich auch als Abgeordneter die Gelegenheit wahrnehmen, jetzt mir genau sagen zu lassen von Frau Domres, das waren die und die Informationen, über die streiten wir uns jetzt. Das können wir hier nicht tun, weil, das sind immer noch vertrauliche, wahrscheinlich sogar als geheim eingestufte Akten. Dafür haben wir ein Gremium, das nennt sich PKA, der tagt nämlich entsprechend. Und da möchte ich ausgesprochen drum bitten und anregen, dass wir diese Debatte, welches Datum wird denn wie weitergetragen, was ist bitte schön persönlich und was ist nicht persönlich, dass wir die zum großen Teil auch da führen, denn da können wir uns als Abgeordnete diese Daten auch anschauen, sie uns vorlegen lassen. Hier müssen wir darauf vertrauen, dass Sie beide sich jetzt gegenseitig vorhalten, was vertraulich und nicht vertraulich ist. Das ist hochspannend, bringt uns aber, ehrlich gesagt, nicht weiter.

So, deshalb wäre meine Bitte wirklich, jetzt wieder zum Kern zurückzukommen und wirklich auch dem Senat die Zeit zu lassen, jetzt etwas vorzulegen und dann, dann können wir uns gerne darüber streiten, ob das das Richtige ist. Dann wird auch entschieden darüber irgendwann hoffentlich einmal, vielleicht in der Bürgerschaft, aber es ist jetzt wirklich eine Diskussion, die uns so nicht weiterbringt.

Vorsitzender: Vielen Dank. Noch einmal, um es zusammenzufassen, wir haben offene Fragen, die nicht beantwortet worden sind. Es gab verschiedene Fragekomplexe an die Staatsanwaltschaft, wir haben diesen sogenannten Romeo-Komplex nicht aufgeklärt beziehungsweise noch nicht. Es stehen eigentlich auch noch aus Informationen seitens der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di., die ja angekündigt hat, sie verfüge über weitere Informationen, die ebenfalls nicht vorliegen, aber angefragt worden sind, sodass ich im Moment davon ausgehe, dass diese, das hatte ich vorhin auch schon gesagt, dass wir diese Selbstbefassungsangelegenheit hier heute für nicht erledigt erklären, sondern sie weiterhin offen ist. Und insofern denke ich, dass wir aus meiner Sicht jedenfalls diesen Tagesordnungspunkt hier auch verlassen sollten, weil ich glaube, wir sind am Ende dessen, was wir hier heute jedenfalls hier aufklären können, zumal ich auch sage, das, was jetzt hier angekündigt worden ist, aus meiner Sicht muss das auch alles erst einmal sacken, inklusive Ihres Berichtes. Deswegen würde ich vorschlagen, die Selbstbefassungsangelegenheit für nicht erledigt zu erklären und den Tagesordnungspunkt damit dann zu verlassen. Wenn das Übereinstimmung ist, dann würde ich das gerne hier so beschließen, damit wir dann in die Pause gehen können. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Das Problem ist, das unterfällt doch dann der Diskontinuität.

Vorsitzender: Nein.

Abg. Christiane Schneider: Ich sehe auch so, dass wir das heute nicht abschließen können. Auf der anderen Seite, wir haben jetzt einen bestimmten Komplex hier behandelt, ich habe eine ganze Menge Fragen zum Sachverhalt, die ich eigentlich auch noch gerne

loswerden würde, weil nicht alles stimmig ist oder nicht mit meinen Informationen übereinstimmt oder ich einfach auch nachfragen will. Das will ich jetzt eigentlich nicht, in wie viel Wochen, Monaten ...?

Vorsitzender: Nein, die Diskontinuität, die, glaube ich, also wir haben zu ...

Abg. Christiane Schneider: Ja, gut, aber trotzdem.

Vorsitzender: ... beiden, wir haben ja auch noch einen Komplex zum Beispiel Selbstbefassungsangelegenheit Feuerwehr, den wir jetzt auch nicht aufgerufen haben. Das ist dasselbe.

Abg. Christiane Schneider: Ja, das nehme ich jetzt einmal zur Kenntnis, ich war aber noch nicht ganz fertig. Ich war aber noch nicht ganz fertig

Vorsitzender: Wir haben Wortprotokolle, aber Sie hatten ja eine Frage gestellt.

Abg. Christiane Schneider: Nein, ich war aber noch nicht fertig und Sie können mich nicht einfach unterbrechen.

Vorsitzender: Nein, Sie haben gesagt, Diskontinuität. Das ist falsch.

Abg. Christiane Schneider: Ja, aber trotzdem können Sie das gerne nach meinem Beitrag sagen, Sie können das aber nicht mitten in meinem Beitrag hineinsagen.

Vorsitzender: Ich hatte den Eindruck, Sie waren fertig.

Abg. Christiane Schneider: Das können Sie auch als Vorsitzender nicht, dann müssen Sie jetzt ...

Vorsitzender: Dann stellen Sie die Frage zu Ende bitte.

Abg. Christiane Schneider: Ich stelle jetzt nicht eine Frage, sondern Sie haben mitgeteilt, dass Sie einen Antrag stellen wollen, und ich gebe zu bedenken, dass wir das nächste Mal dann vielleicht frühestens Ende März oder im April darüber handeln und da sind aber eine ganze Menge Sachfragen noch offen. Deswegen bin ich eigentlich dafür, dass wir uns schon verständigen, dass es nicht abgeschlossen ist, dass wir aber nach der Pause vielleicht noch eine halbe oder Dreiviertelstunde weitermachen. Das wäre mein Bedürfnis. Ich sage es so. Wenn Sie jetzt anders abstimmen, kann ich es auch nicht ändern, aber es ist jedenfalls mein Bedürfnis, wir verständigen uns, wir stellen nur noch Fragen zum Sachverhalt.

Vorsitzender: Also, soweit ich es sehe, wir haben zwei Komplexe, zu denen wir Wortprotokolle haben, die sind in den Archiven, die verschwinden auch nicht aus den Archiven. Und es ist dann ja auch Angelegenheit der entsprechenden Fraktionen, in der nächsten Legislaturperiode dieses wieder als Selbstbefassungsthema aufzurufen. Dann ist das ja als Material da. Und insofern kann man dann anknüpfen an dem, was denn hier auch vorliegt. Das betrifft diese beiden Komplexe aus meiner Sicht. Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Na ja, ich weiß nicht, ob das ganz so einfach ist. Ich finde, einerseits ist es wichtig, dass wir hier erst einmal alle Fragen, die es jetzt aktuell noch gibt oder schon gibt, auch loswerden können. Deswegen würde ich das unterstützen, dass wir nach der Essenspause, die wir jetzt ja wohl machen wollen, noch einmal das Thema aufrufen. Das andere ist die Frage, ob man mit zwei Wortprotokollen für Selbstbefassungen tatsächlich in der nächsten Legislaturperiode einfach so weitermachen kann und ob wir nicht wirklich so etwas bräuchten wie entweder eine Unterrichtung des Senats, also ein, - Wie heißt das so schön, was denn sozusagen als Bericht der Präsidentin vorgelegt wird? - Ersuchen, also

eine Ersuchensantwort noch einmal bräuchten. Wir könnten ein Ersuchen jetzt formulieren an den Senat, uns noch weitere Auskünfte zu geben, dann hätte man eine Drucksache, die man auch wieder aus der Versenkung hervorheben könnte in der nächsten Legislaturperiode. Sonst haben wir nichts weiter als eine Verständigung hier, es soll eine erneute Selbstbefassung in der nächsten Legislatur geben, aber ob das dann wirklich überhaupt noch einmal eine Mehrheit findet, das weiß man nicht. Und vielleicht kann man noch einmal in die Geschäftsordnung gucken, ich kann das jetzt auch nicht abschließend beantworten, ob möglicherweise der Status einer tatsächlichen Drucksache, also zum Beispiel einer Ersuchensantwort, die der Senat uns ja noch bis zur letzten Bürgerschaftssitzung vielleicht geben könnte, da nicht hilfreicher wäre. Dann wäre ich dafür, dass wir so ein Ersuchen sozusagen formulieren, dass wir darum noch bitten.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Neumann: Nun ist es ja so, dass wir am 15. Februar 2015 eine Bürgerschaftswahl haben und wir in Demut das Ergebnis abwarten, ich aber gerne für den Senat zusagen kann, dass wir dann mit einer Beteiligung über die Präsidentin es ermöglichen, dass auch der zukünftige Innenausschuss, wenn er es denn will, eine Beratungsgrundlage hat. Das ist kein Problem, das kann ich sagen. Und manch einer geht ja auch davon aus, dass es vielleicht dazu kommt, dass ich dann diese Mitteilung selbst machen darf. Aber das war jetzt außerhalb des Protokolls.

(Abg. Christiane Schneider: Nein, das ist ein Wortprotokoll.)

Vorsitzender: Dann würde ich vorschlagen, dass sich angesichts dieser Wortbeiträge jeder noch einmal Gedanken macht, dass wir aber jetzt für 20 Minuten unterbrechen.

Pause: 19:40 bis 20:02 Uhr

Vorsitzender: Meine Damen und Herren, ich würde gerne fortfahren. Es wäre nett, wenn den restlich Speisenden das auch klar wird.

(Abg. Arno Münster: Kurze, schnelle Schritte hier.)

Meine Damen und Herren, dann würde ich jetzt versuchen, erst einmal folgenden Vorschlag zu unterbreiten und wenn andere Auffassungen da vorhanden wären, müsste ein anderer Vorschlag gemacht werden. Ich würde den Vorschlag hier, den ich vorhin auch schon angedeutet habe, noch einmal auch dann zu Abstimmung stellen. Ich habe vernommen, dass alle Fraktionen ein Interesse daran haben, dieses Thema weiter aufzuarbeiten, auch in der nächsten Legislaturperiode. Es liegt eine Zusage des Senates vor, dieses ebenfalls zu tun. Und insofern würde ich jetzt den Vorschlag Ihnen unterbreiten, dass wir die Selbstbefassung hier jetzt nicht beenden und dann den Tagesordnungspunkt hier verlassen und zum Tagesordnungspunkt 4 kommen, eben mit der Maßgabe, und das haben wir hier ja jetzt auch festgelegt, alle haben sich das auch gegenseitig hier so versichert, dass das Thema in der nächsten Legislaturperiode dann bei der Vorlage des Wortprotokolls, des Berichtes des Datenschutzbeauftragten hier noch einmal aufgerufen wird und dann eine erneute Selbstbefassung hier beschlossen wird und das Thema in der nächsten Legislaturperiode dann auch weiterbearbeitet wird. Diesen Vorschlag würde ich jetzt gerne zur Abstimmung stellen. Wenn es andere Vorschläge gibt, dann müsste man das jetzt deutlich machen. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ich möchte den Vorschlag machen, dass es jetzt noch die Möglichkeit gibt, ein paar Fragen zu stellen, dass die Fragen der Behörde sozusagen mit ins Gepäck gegeben werden und die Behörde dann auf der Grundlage und vielleicht auch weiteren Grundlagen, die ihr auch noch einfallen, weitere Sachverhaltsaufklärungen, einen

Bericht macht. Und der läge uns dann vor und den könnten wir in der nächsten Legislaturperiode dann aufrufen. Das wäre mein Gegenvorschlag, das wir dann vielleicht ein Gegenwert von einer Viertelstunde noch, Fragen stellen. Meine sind begrenzt, alle werde ich nicht stellen, aber ein paar würde ich einfach gerne loswerden.

Vorsitzender: Dann würde ich die beiden Vorschläge jetzt zur Abstimmung stellen. Da ist zuerst der Vorschlag von Frau Schneider, den wir eben vernommen haben. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe? Dann ist das mit den Stimmen der FDP-, der CDU- und der SPD-Fraktion abgelehnt. Dann wäre jetzt der Vorschlag, den ich gemacht habe, die Selbstbefassung hier heute Abend nicht zu beenden und den Tagesordnungspunkt 3 dann hier heute zu verlassen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenprobe, Enthaltungen? Bei zwei Enthaltungen der LINKEN- und GRÜNEN-Fraktion, von den restlichen Fraktionen mehrheitlich so angenommen. Dann erst einmal vielen Dank.

Abg. Antje Möller: Ja, ich möchte aber gerne einen Punkt noch einmal fürs Protokoll hier deutlich machen. Damit haben wir einen Abbruch der Selbstbefassung nicht einvernehmlich beschlossen. Ich weiß schon, dass Sie das so sehen, dass wir das auf jeden Fall in der nächsten Legislatur wieder aufrufen, das hoffe ich auch sehr, da werden wir uns auch für einsetzen, aber es sind schlicht noch einige Fragen offen, die man wahrscheinlich in Kleinen Anfragen nicht mehr alle loswerden kann. Also, ich bedauere das trotzdem.

Vorsitzender: Gut, dann ist das Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt auch beendet.

TOP 4

Keine Niederschrift; siehe Bericht an die Bürgerschaft.

Zu TOP 5

Keine Niederschrift; siehe Bericht an die Bürgerschaft.

Zu TOP 6

Der Senator der Behörde für Inneres und Sport wollte diese vermutlich letzte Sitzung des Innenausschusses als Gelegenheit nutzen, sich ganz herzlich für die Zusammenarbeit mit dem Ausschuss trotz aller Differenzen und Perspektiven, die es immer gebe, bedanken. Er habe den Umgang immer als kollegial empfunden unabhängig von den jeweiligen Aufgaben von Senat und Bürgerschaft, aber auch von Regierungsmehrheiten im Parlament und Senat gegenüber der Opposition. Ihm habe diese Arbeit viel Freude gebracht, auch weil der Ausschuss ihn und die Behörde partnerschaftlich kontrollierend begleitet habe.

Der Vorsitzende bedankte sich für die konstruktive Zusammenarbeit bei den Mitgliedern des Innenausschusses und beim Senat. Er habe die Debatten im Ausschuss überwiegend als angenehm empfunden. Außerdem wolle er sich für die sehr aktive und sehr nützliche Hilfestellung bei der Bürgerschaftskanzlei bedanken, ohne die die Arbeit hier im Ausschuss nicht so hätte bewältigt werden können.

Ekkehard Wysocki (SPD)
(Vorsitz)

Antje Möller (GRÜNE)
(Schriftführung)

Martina Haßler
(Sachbearbeitung)